## Aus dem Morast der Massenpartei

Eine gewaltige, monatlich Hunderttausende verschlingende Reklame wurde Jahr und Tag für den wirtschaftlichen Zusammenschluß Deutschlands und Rußlands betrieben. Nach der „Roten Fahne" und dem sonstigen Propagandaapparate der KPD. hing die Lösung der sozialen Frage nur von diesem Zusammenschluß ab.

Wer nun aber glaubte, daß der KPD. durch den erfolgten Zusammenschluß der Wind aus den Segeln genommen würde, hatte in seine Berechnungen nicht die Tiefgleichkeit des Revolutionsschieberjungen und die belebende Wirkung des Rubels einbezogen. Die Preise stiegen und die Löhne sanken weiter. Also muß da noch ein Hindernis sein. Das war die mangelnde Einheitsfront. Wenn man nun der „Roten Fahne" glauben darf, so muß auch diese schon hergestellt sein. Alle Betriebe wählen KPD.-Betriebsräte, alle Proletarier lesen die „Rote Fahne" und die meisten gehören der KPD. an. Die „Einheitsfront" wollen sie aber alle. Bis auf ein Häufchen „Sumpen, Verbrecher und Arbeitermörder" und ein paar „königliche Minister, Großverdiener und Stinnesbrennde" der 2. und 2½. Internationale. Und mit diesen hofft man in einigen Tagen auch einig zu sein. „Wir wollen eben wirklich ehrlich die Einheitsfront" und richten unsere Politik eben so ein, daß sie auch von dem Bäckerdutzend und den letzten paar abgesprengt werden kann. In Turgen aber wird die „Einheitsfront" sein. Dann ist eitel Freude und Wohlgefallen.

Damit die Riesenmaschine aber nicht leer läuft, muß sie nach einem Ziel eingestellt werden. Aufs Ganze kann man nicht losknuten, das würde die Produktion stören und verstößt gegen die bestehenden Gesetze. Außerdem kann eine Massenpartei nur Parolen aufgehen, die alle befolgen. Dieser Ausweg ist der „Arbeiterweltkongreß".

Es ist ein bedauerliches Zeichen geschwundenen Klassenbewußtseins und mangelnden proletarischen Ehrgefühls der deutschen Arbeiterklasse, daß sie sich von einigen Hundert vom russischen Kapital bezahlten Propagandisten breitschlagen läßt, um durch seine Bolschistik dem kapitalistischen Wiederaufbau Vorschub zu leisten.

Anfang dieser Woche tagte in Berlin der Zentralausschuß der KPD., der sich mit allen den Fragen beschäftigte, für welche die „Rote Fahne" seit Wochen die Reklametrommel schlägt. Dieselbe Phraseologie, die die Spalten der „Roten Fahne" füllen, beherrschte auch diese Tagung. Diese Herren sind nicht auf falschen Wegen, wie viele ehrliche revolutionäre Proletarier meinen und aus dieser Tagung schließen. Die dem Proletariat empfohlene Taktik ist die richtige. Dieser Klüngel Bürger weiß, was er macht. Die Politik der KPD. ist die einzig richtige, daß Proletariat zu verstärken. Jedes Wort ist durchs Fenster gesprochen, der Psychologie der Masse angepaßt. Die Masse ist zu träge, um über ihr Schicksal nachzudenken, um es zu ändern, also packt man sich bei der Masse an. Und um sie gefügig dem Stumpfsinn zu erhalten, schmeichelt man ihr und sagt, was sie gerne hört. Dr. Ernst Meyer beginnt sein einleitendes Referat mit diesen Worten:

> **Die gesamte Partei schaut mit berechtigtem Stolz auf die Erfolge, die sie in der letzten Zeit errungen hat. Diese Erfolge sind der Beweis dafür, in wie starker Weise in breiten Arbeitermassen die Einsicht wächst, daß die Methoden und die Taktik der Kommunistischen Partei richtiger sind als die Methoden und die Taktik der anderen Arbeiterparteien. Die Erfolge unserer Partei sind auch ferner der Ausdruck der Steigerung von Not und Elend innerhalb der Arbeiterschaft in den letzten Monaten.**

Beim Zeus, das stimmt! Die Methoden der KPD. sind so richtig, daß sie nichts von der Masse verlangen als Resolutionen und im alten Fahrwasser einkertreiten. Und das mit der Not und dem Elend stimmt auch. Wenn nun die KPD. das alles anerkennt, so sind ihre „Methoden" auch richtig. Es stimmt ferner, daß die Massen in den Gewerkschaften bleiben wollen und sehr geistigen Regung abhold sind. Daß sie alles den Bonzen, Stinnes und dem lieben Gott überlassen wollen, weil sie mit einem Stück Brot zufrieden sind. Also predigt man Geduld in den Gewerkschaften verbleiben und „kämpft" für ein Stück Brot. Dann sind die „Methoden" richtig, und die Massen befolgen sie; wählen „kommunistische" Betriebsräte und fassen Resolutionen für den „Weiterbeiterkongreß". Alles bleibt beim alten, arbeiten im Betrieb ist für die Dummen, und die Bonzen bleiben oben. Damit sich auch ja nichts ändert, damit niemand dem Kapital an den Kragen geht, tritt der Zentralausschuß dafür ein, die Massen weiter in die Gewerkschaften zu pressen.

Da es nun aber immerhin schon ziemlich große Massen gibt, welche erkannt haben, daß ein Gewerkschaftsbeamter nur Kapitalsinteressen vertreten kann und daß die Gewerkschaften als Kampforgane der Arbeiterklasse geschichtlich überlebt sind, ist die KPD. auf einen neuen Bauernfängertrick verfallen. Die Proletarier, die beim besten Willen nicht in die Konterrevolution zu pressen sind, will man zusammenfassen zu „Arbeiterkomitees". Damit die Sache aber nicht schief aufgefaßt wird, gibt man diesen Arbeiterkomitees die Aufgabe, — Resolutionen zu fassen für den Weiterbeiterkongreß.

Wer den ganzen ungeheuren Wust von Referaten und Resolutionen — wohl auch 2 Dutzend Spalten — gelesen hat, findet alles das bestätigt, was er schon wochenlang in der „Roten Fahne" gelesen hat: daß die KPD. Riesenerfolge hat; daß die Gewerkschaften propagiert zu die „Einheitsfront" herzustellen, und daß die Einheitsfront die Aufgabe hat, den „Weiterbeiterkongreß" zu veranstalten. Der Weiterbeiterkongreß wieder hat die Aufgabe, die „Einheitsfront" zu festigen und diese die Gewerkschaften. Das Ganze festigt das kapitalistische System und in diesem gedeiht wunderbar der Sumpf der KPD. mit den richtigen Methoden.

Die großen Erfolge der KPD., die sie ihren richtigen Methoden verdankt, ziehen sogar Motten an: Ein Ereignis wurde vom Zentralausschuß gefeiert: Der treueste Freund des Herrn Ettlarz, Herr Eichhorn, Expolizeipräsident von Berlin, hat seinen Kreislauf vollendet und ist heimgekehrt. Von der KPD. über die KAG. — USP. — höse Zungen behaupten, er habe sogar bei der SPD. angeklopft und sei abgewiesen — ist wieder zur Massenpartei zurückgekommen.

Aus dem halben Dutzend Spalten Resolutionen ist diese wohl der Extrakt:

1. Die Fortführung und Verstärkung des Kampfes gegen die Teuerung; im Mittelpunkte dieses Kampfes steht nach wie vor die Erfassung der Sachwerte.
2. Den Kampf gegen die Teuerung. Im Mittelpunkte dieses Kampfes gegen die Teuerung steht die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel von der Erzeugung bis zur Verteilung an die Konsumenten und der Preisregelung, unter maßgebender Mitwirkung und Kontrolle der Gewerkschaften, der Konsum- und Produktivgenossenschaften der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern.
3. „Auf die Vereinheitlichung und Verbreiterung der Lohnkämpfe. Neben den Gewerkschaften und „Arbeiterkomitees" sollen die Jugendlichen und Frauen einen Platz bekommen. Es gibt aber auch noch Proletarier, die den Zusammenschluß des Proletariats als Klasse erstreben. Für diese hat die Massenpartei ebenfalls ein inniges Verständnis. In einer anderen Resolution heißt es u. a.:

> **Der Vorstand, alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Rücksicht auf ihre politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit als Klasse zusammenzufassen — national und international — wird durch die jetzige historische Lage des Weltproletariats dringend geboten. Das Weltproletariat muß bei Strafe tiefster Verelendung, ja des Sterbens von Millionen, den Angriff des internationalen Kapitals abwehren. Er erfolgt durch Aussperrungen, Herabdrückung der Löhne bei Teuerungspreisen, Verlängerung der Arbeitszeit bei Arbeitslosigkeit, wie durch die Aufbietung der Machtmittel des Bürgerwißstaates, um die Kampfkraft der Ausgebeuteten zu brechen. Er erfolgt des weiteren durch den Versuch, Sowjetrußland zu zwingen, die Nationalisierung der Industrie preiszugeben und eine ungeheure Schuldenlast auf sich zu nehmen.**

Diesen Zusammenschluß als „Klasse" kennen wir: 55 Gewerkschaften (einschließlich Schupo und Technische Nothilfe) und zwei Dutzend Beamten- und Angestelltenverbände. Das ganze heißt die Einheitsfront.

Auf dieser Zentralausschußsitzung hat sich die Politik der 3. Internationale in ihrer ganzen Glorie offenbart: sie hat im deutschen Proletariat tiefe Spuren gegraben. Die Massenpartei ist die vorzüglichste Einrichtung, den revolutionären Kern einer Arbeiterklasse zu ersticken, einem großen Teil der proletarischen Intelligenz auf Kosten der arbeitenden Proletarier ein bequemes Parasitendasein zu verschaffen und dem Klassenkampf zu entziehen. Sie kann auch noch einem Dutzend Obergeiter Ministersessel verschaffen und einigen Hundert „nachgeordneten" Staatsfuttertrippen. Dem Proletariat ist sie so gewiß schädlich, als sie dem Kapitalismus nützlich ist.

In dieser KPD., an deren Anfang einst ein Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Eugen Levine und tausend namenlose Klassenkämpfer auf den Barrikaden standen, feilscht ein kleines Geschlecht unwürdiger Industriereiter um die Gunst derer Mörder. Die „Rote Fahne", in deren Spalten einst der überlegene Geist Rosa Luxemburgs und Franz Mehrings das revolutionäre Proletariat begeisterten und übergenügten, ist zur Geistesmiete einer Clique Kulis und zur kapitalistischen Inseratenplantage geworden. Diese politischen Jongleure wußten wohl, was sie in Heidelberg machten, als sie uns aus der Partei drängten; sie wähnen sich ihrem Ziel nahe. Sie wußten, was sie taten, so gut es die 3. Internationale wußte, als sie unseren Anschluß verhinderte. Ohne Massenparteien ist die Erhaltung des Kapitals nicht möglich.

Diese Zentralausschußsitzung müßte jedem noch denkfähigen Proletarier, der nur noch einen Funken revolutionären Geist hat, die Erkenntnis vermitteln, daß die Massenpartei am Ende der kommunistischen Arbeiterbewegung zum Sturz des Kapitals auf die Schanze tritt, daß am Anfang der kleine Kern Kommunisten rein und zielklar seine schwere Aufgabe alleine lösen muß.

Auf und — dessen müssen wir uns heute mehr denn je bewußt sein — ruht die geschichtliche Verantwortung, den Ehrenschild der kommunistischen Arbeiterbewegung rein und blank zu halten. Die Kommunisten wird nur retten, ob wir unsere Pflicht gegen haben. Unsere Pflichten sind heute nicht minder groß als sie sein werden, wenn es eine kommunistische Massenpartei geben wird; wenn es antreten heißt zum letzten Gefecht, die Menschheit zu befreien von einer Gesellschaftsordnung, die so ein Parasitentum gebar.

## Zuhälter der Klassenjustiz

Daß die KPD. von den Lügen und Verleumdungen derer um Schröder keine Notiz nimmt, scheint diesen Herrschaften das unerträglichste zu sein, was sie sich denken können. Doch ist dies zu begreifen bei Leuten, die ihre Person als das wichtigste in der Welt halten.

Wir haben nicht geantwortet und werden auch in Zukunft nicht antworten, und zwar deswegen, weil Leute, die sich einer Kontrolle der Partei nicht unterwerfen, und deswegen auf Lügen angewiesen sind, für uns ein für allemal erledigt sind.

In ihrer letzten Zeitung, die fälschlicherweise als „R.M.Z." erscheint, wird jedoch der Versuch gemacht, einzelne Genossen — von denen man einem Teil vor kurzem Zentralausschußsitzung dreihundert Mark überwies (wofür?), um an den Sprengarbeiten mitzumirken, aber das Geld nicht rechtzeitig einlief — ganz offen der Polizei zu denunzieren.

Wir sind weit davon entfernt, mit dem Wort „Spitzel" leichtsinnig umzugehen, wenn jedoch im „Proletarier" Nr. 1 ganz offen gegen das „Bandidentum" Stellung genommen wird, wenn weiter darunter steht: Karl Schröder nebst voller Adresse, so kann nur die Absicht dahinterstecken, den theoretischen Nachweis gegenüber der Polizei zu liefern, daß man nirgends gewesen ist.

Nachdem man sich diese Plattform geschaffen hat, glaubt man ohne Risiko denunzieren zu können. Diese Zuhälterrolle reift sich würdig an an die Rolle, die sie gegenüber denen spielen, die sie heute im „Proletarier" als Banditen bezeichnen.

Proletarische Disziplin verbietet uns, in aller Oeffentlichkeit den Beweis für die moralische Verkommung dieser Schädlinge anzutreten. Die Verganenheit und ihre jetzigen Handlungen beweisen, daß sie lieber unzählige in die Zuchthäuser bringen würden, als für eine einzige Lüge den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Aber eines mögen sich diese Halunken merken: man denunziert doch allebem nicht ungeschoren!

## Aus der Jugendbewegung

**KJD. Charlottenburg.** Mittwoch, den 24. Mai 1922: Außerordentliche Generalversammlung im Jugendheim. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Reichskonferenz. 2. Organisatorisches. — Beginn pünktlich 8 Uhr. Jedes Mitglied muß erscheinen. Karten sind mitzubringen.

Die Funktionäre treffen sich schon Punkt 6 Uhr. Umlage, Beiträge, Zeitungen usw. sind abzurechnen.

Der prov. Reichsarbeitsausschuß der KPD. stellt folgende Thesen für die Reichskonferenz zur Taktik der Mitgliedschaften zur Diskussion:

I.

Die Geschichte der ganzen bisherigen Gesellschaft bewegte sich in Klassengegensätzen, die in den verschiedenen Epochen verschieden gestaltet waren. In der jetzigen Epoche, der Epoche nach dem heftigsten Konkurrenzkampfe des Kapitals, dem Weltkriege, haben sich die Klassengegensätze bedeutend verschärft. Das Kapital befindet sich jetzt, nach dem Weltkriege, in seiner Todeskrise. Alle internationalen Konferenzen, die einer internationalen Verständigung dienen sollten, sowie überhaupt alle Versuche, diese chronische Krise zu überwinden, mußten vergeblich, mußten negativ enden; denn das Kapital, dessen eigenes Entwicklungsgesetz die Akkumulation und Konzentration ist, ist nicht mehr in der Lage, obwohl es sich politisch schon wieder bedeutend gefestigt hat, eine erweiterte Reproduktion herzustellen, d. h. es ist ihm unmöglich, seine Produktionsbasis international so weiter herzustellen, daß Produktion und Absatz miteinander in Einklang zu bringen sind. Will die kapitalistische Gesellschaft weiterhin akkumulieren und konzentrieren, so muß sie Produktion und Absatz wieder im Gleichgewicht bringen. Dadurch, daß sie es eben nicht kann, hat sie ihr eigenes Grab geschaffen. Die periodenweise auftretende „große" Produktions- und Absatzmöglichkeit ist weiter nichts als eine Scheinkonjunktur. Daß das Kapital sein Leben noch erhalten kann, geschieht nur auf Kosten des Proletariats.

II.

Der Kapitalismus versucht sich mit allen Mitteln vor seinem endgültigen Zusammenbruch zu retten.

Eine seiner jetzigen, wichtigsten Machtpositionen und gutes Werkzeug sind ihm hierbei die Gewerkschaften und parlamentarischen Führerparteien, mit denen er sich in gelb-goldener Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft befindet.

Mit denen „Arbeitervertretern" sitzt er in Kommissionen, Arbeitsgemeinschaften und Parlamenten und verhandelt hier über den Fell der Proletarier, schließt mit ihnen Tarifverträge ab, schafft Zuchthausgesetze, um so die Arbeiterschaft wollends zu knebeln.

Aufgabe des Vortrupps der revolutionären Arbeiterschaft in dieser Situation, der KAD. und KPD., ist es, alle Wiederaufbauversuche des Kapitals zu durchkreuzen und den schärfsten Kampf gegen diese gelb-goldene Einheitsfront zu führen.

III.

Aus alledem ergibt sich nun, daß die kapitalistische, auf Profitwirtschaft aufgebaute Gesellschaft für ihren Untergang reif ist, daß also die objektiven Verhältnisse für die Revolution reif sind.

Anders aber steht es mit den subjektiven Verhältnissen. Unsere Aufgabe kann es nun aber nicht sein, mit verschränkten Armen dazusitzen und abzuwarten, bis die Arbeiterschaft mit dem zusammenbrechenden Kapitalismus in den Abgrund, in die Barbarei gestürzt ist. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, der Arbeiterschaft immer und immer wieder zuzurufen, ihnen einzuhämmern, daß es aus all diesem Elend nur den einen Ausweg geben kann: den Kommunismus; daß es aber, um dieses Ziel zu erreichen, des revolutionären Klassenkampfes, des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft und der Errichtung der proletarischen Diktatur bedarf.

Die proletarische Revolution ist nicht ein einziger Schlag, sondern ein fortwährendes Auf und Nieder, ist ein langwieriger Prozeß. Die proletarische Revolution kann sich nur Schritt für Schritt auf dem langen dornenvollen Wege eigener, bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Erfolge zur völligen Reife und somit zum endgültigen Siege durchringen. Wir haben die Aufgabe, der Arbeiterschaft all ihren Kämpfen — auch ihren Lohnkämpfen, die sie führt, um ihr Leben erhalten zu können — Ziel und Richtung zu geben. Im Betriebe, wo wir uns mit allen zum revolutionären Kampfe bereiten Proletariern in der Frage nationalen Betriebsorganisation zusammengeschlossen haben, zu möcht uns die Aufgabe, bei ausbrechenden Lohnkämpfen unsern Arbeitskameraden aufzuzeigen, wenn wir diesen Kampf lediglich als Lohnkampf führen, der Erfolg ein negativer sein muß. Wir müssen diesen Kämpfen einen anderen Charakter geben, wir müssen die Arbeiterschaft, und hier ist es speziell unsere Aufgabe, auch das Jungproletariat für den Kampf um die politische Macht zu interessieren. Gelingt uns dieses, so schaffen wir zum Zwecke des Kampfes um die politische Macht revolutionäre Räte, in die auch Jugendliche zu wählen sind, — deren Aufgabe es dann ist, den Kampf auf andere Betriebe auszudehnen, und so diesen Kampf zum einzigen Kampf, zur Generalauseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie werden zu lassen. Auf keinen Fall dürfen wir es aber dulden, daß die revolutionären Räte zu gesetzliche Betriebsräte degradiert werden. Erleiden wir in solchen Kämpfen Niederlagen, und die revolutionären Räte drohen diese Form anzunehmen, so haben sie diese Institutionen sofort zu zertrümmern, um Raum zu schaffen für die revolutionären Räte an sich, sondern auf deren revolutionären Charakter ankommen.

Erklärt aber gelegentlich die Arbeiterschaft sich nicht bereit, mit uns den Kampf für die Eroberung der politischen Macht auszukämpfen, so haben wir auf keinen Fall Streikbrecherarbeit zu leisten, werden in diesen Kämpfen keine andere Funktion ausüben, als diese, die Arbeiterschaft die Unterstützung, die ihnen von ihren Gewerkschaften und „Parteiführern" zuteil wird, so wohl wie auf das völlig Negative dieses Kampfes hinzuweisen.

Gelingt es uns nicht gleich, die Kämpfe des Proletariats in unserem Sinne zu gestalten, so wird es uns ein nächstes Mal gelingen; die Arbeiterschaft muß und wird nach all seinen erfolglosen Kämpfen zu der Erkenntnis kommen, daß es, nur den einen Kampf, den Kampf um die politische Macht auskämpfen muß.

An uns liegt es nun, diesen Prozeß zu beschleunigen, die Selbstbewußtseinsentwicklung der Arbeiterschaft mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, alle die Dinge, die zur Revolution hindrängen, der Sache zuzutreiben, wir haben die Dränger und Mahner der proletarischen Revolution zu sein.

Nehmen wir den Kampf so auf und führen wir ihn unermüdlich und unerschrocken, so wird und muß uns der Sieg gewiß sein.

## Mitteilungen

**KJD. Nächtigungsadressenänderung!** Jeden Dienstag: Gruppenabend. — Jeden Donnerstag: Oeffentlicher Vortrags- und Diskussionsabend im Krankenhaus-Schule Straßburgerstraße.

**KJD., 13. Bezirk.** Dienstag, den 23., abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung.

**KPD. und KAU. Groß-Hamburg.**
Am Mittwoch, dem 24. Mai, abends 7½ Uhr präzise bei Lisum, Kaffeemacherreihe 12, gemeinsame
**Mitgliederversammlung.**
Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Verschiedenes.
Alle Mitglieder müssen erscheinen. Andere Versammlungen finden in dieser Woche nicht statt.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Ulrich, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Auster, Berlin, Alexanderstraße 110.



Jahrg. Nr. 36. Preis 2,25 M.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 490 29.

Abonnementspreis für Groß-Berlin 18 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 25,— M. monatlich, nach dem Ausland 50,— M. monatlich.

## Stinnes und die Gewerkschaften

Der Ruf der KPD.: „Rettet die Gewerkschaften!", der zweifellos der Ausdruck eines nicht ganz reinen Gewissens ist, scheint in letzter Zeit noch nicht einmal die Wirkung eines dummen Bitzes auszulösen. Es ist nicht nur zur Phrase geworden, sondern zur höchst überflüssigen Phrase. Es hat sich nämlich in letzter Zeit eine solch tragfähige „Einheitsfront" zur Rettung der Gewerkschaften gebildet, daß die Zutreiberrolle der KPD. in einem mehr als zweifelhaften Lichte erscheint, und jeder denkende Proletarier sich einmal die Frage vorlegen müßte: liegt vielleicht eine Pflichterfüllung der III. Internationale gegenüber dem deutschen Kapital vor, die in Zugend einer Vertragsbestimmung niedergelegt ist, als ein Werk, das „beiden Teilen nützt"?

In Wilhelmshaven war's, beim Stapellauf des Dampfers „Legien", wo die Vorzüge der Gewerkschaften in allen Tonarten gepriesen wurden. Aehnlich der Maifeier war auch hier eine „Rednereinheitsfront". Redner waren: **Der Reichspräsident Ebert, Geheimrat Büchner,** Geschäftsführender Vorstandsmitglied der deutschen Industrie, **Winter,** als Vertreter der Zentralarbeitsgemeinschaften und Mitglied der christlichen Gewerkschaften, und **Hugo Stinnes.**

**Büchner:**

> **Geheimrat Büchner hielt die Taufrede und wies darauf hin, daß der Name des Schiffes eine Erinnerung an die große Not Deutschlands sei, sowie ein Denkmal dafür, daß, als das deutsche Volk führerlos und in Verzweiflung vor dem Abgrund des Chaos stand, Vertreter der Gewerkschaften und der Industrie sich für den Gedanken eingesetzt haben, daß nur die Gemeinschaftsarbeit aller wertätigen Kräfte das deutsche Volk vor dem drohenden Untergang bewahren könnten. Bücher feierte dann die Persönlichkeit Carl Legiens, indem er darauf hinwies, daß Legien es trotzdem verstanden habe, die deutsche Arbeiterbewegung nach seinem Willen zu formen; die freien Gewerkschaften in Deutschland verdankten ihre von allen Seiten anerkannte Stellung Legien allein und ihren mächtigen Aufbau in erster Linie Legien. Weil Legien als Organisator der Gewerkschaften und dank seiner zahlreichen internationalen Beziehungen besser als irgendein anderer wußte, daß die deutsche Arbeiterschaft mit ihrem persönlichen Tode untrennbar mit dem Tode des gesamten deutschen Volkes verbunden wäre, unterzeichnete er den Pakt, der die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer begründete. Zum Schluß führte Geheimrat Bücher aus, das neue Schiff „Legien" solle alleszeit ein Symbol dafür sein, daß in Deutschland Arbeitgeber und Arbeitnehmer trotz aller Kämpfe gewillt seien, dem Wiederaufbau der Volkswirtschaft und der Wiederherstellung des deutschen Namens zu dienen.**

**Hugo Stinnes:**

> **„Es wäre eine häßliche Unaufrichtigkeit, wollte ich hier behaupten, Carl Legien und ich seien nicht in vielen Grundauffassungen durchaus verschiedener Auffassung gewesen. Werdegang und Lebenserfahrungen mußten verschiedene Auffassungen mit sich bringen. Ich habe aber kaum einen zweiten Mann kennen gelernt, der mit größerer Objektivität einen anderen Standpunkt hören und ihn würdigen konnte, wenn er ihn auch nicht teilte, der ein zwar scharfer, ja rücksichtsloser Verfechter seiner Ideen war, aber im einen auch für den Gegner erträglichen Art. Carl Legien ist 1918 der Lebensretter Deutschlands geworden. Er geb den Ausschlag, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft paritätisch durchgeführt werden konnte, er erklärte auf dieser Grundlage der damaligen Regierung mit Dr. Kautzenau und mir, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Demobilmachung selbst in die Hand nehmen würden, wenn nicht wenigstens die schlimmsten partikularistischen Hindernisse vor der gemeinsamen Lebensgefahr zurücktreten würden.**

> **Das war eine Großtat an weiser Selbstbeschränkung im Dienst des gemeinsamen Vaterlandes. Da drohte die Gefahr des völligen Chaos, die Gefahr, daß das blutbesudelte und blockierte Deutschland in diesem kaiserrussischen Zustande geriet wie Rußland. Zustände, die einen noch ungleich entsetzlicheren Hungerzug nehmen mußten wie in dem Agrarland Rußland. Damals stellte Carl Legien das Vaterland und sein Volk über die Machtpolitik der Parteien."**

**Ebert:**

> **„So grüße ich namens des Reichs „Carl Legien", das jüngste Schiff unserer weiterentwickelten Handelsflotte.**
>
> **Möge es seinen Namen tragen als Symbol der Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes, als Symbol unerschütterlicher Pflichttreue und Schaffensfreudes im Dienste der Volksgemeinschaft."**

Winter hatte weiter nichts mehr zu tun (laut „Vorwärts"), als ein „Hoch auf das deutsche Volk" auszubringen, was sei auch nach dem vorhergegangenen Schlagzeilen nicht schwer fiel.

Wenn die helle und aufrichtige Freude des Großkapitalisten an den „straffen Organisationen" nicht den Proletariern die Augen zu öffnen vermag, so ist jedes Wort der Polemik vergeblich, auch gegen die KPD., die da jeden Tag schreit: „Die Gewerkschaften sind in Gefahr!" Sie sind wirklich nicht in Gefahr, solange das Kapital existiert, und sie sind sogar noch nicht einmal ohne die KPD. in Gefahr. Sie werden erst in Gefahr sein, wenn das Proletariat sich einmal anschicken wird, mit diesen Bollwerken der Konterrevolution und ihren Zuhältern restlos aufzuräumen, was gleichbedeutend ist mit dem Kampf um die Macht. Die Proletariier können nur eines lernen von den Gewerkschaften, das ist, sich konsequent für die Revolution einzusetzen, wie die Gewerkschaften für die Konterrevolution. Die Gewerkschaften haben ihre Interessen in ihrer ganzen Tragweite erkannt, als sie durch jene famosen Arbeitsgemeinschaften den Pakt mit dem Kapital schlossen. Die Zuchthausgesetze sind nur die konsequente Fortsetzung dieser Politik.

Rosa Luxemburg hat im Jahre 1917 in den „Spartakusbriefen" einmal die Kriegspolitik der Gewerkschaften gebrandmarkt. Auf die heutige „Aufsaugpolitik" angewandt, ist jedes ihrer Worte auch heute und gerade heute aktuell. In einem Artikel

**Das Blechschild**

heißt es:

> Der Vertrag der Legien, Bauer, Schlicke u. Co. ist eigenartiger Natur. Jedes sich seine Silberlinge wenigstens nicht von Christus auszahlen. Die Individuen von der Generalkommission der Gewerkschaften hingegen, die das Proletariat jetzt pfundweise an die Bourgeoisie verkaufen, bezahlen jede Käsestulle, die sie verzehren, und jedes Glas Bier, das sie herunterschlucken, nach wie vor aus den Groschen herleihen von ihnen verkauften und vertretenen Proletarierempfängen. Der proletarische Klassenfeind hat sich nicht in Unkosten zu stürzen: diese Prostituierten sind umsonst zu haben, sie kommen gelaufen auf einen leisen Pfiff.
>
> Ein psychologisches Rätsel und ein soziales Problem erster Ordnung sind bei alledem nicht die Männlein von der Generalkommission der Gewerkschaften mit ihrem Stab von Kreaturen in Gestalt der Gaulciter, die ihnen allerorten Vertrauensfundgebungen fabrizieren. Ein Rätsel und ein Problem sind die organisierten Massen, die solchen Kreaturen nach wie vor Gehorsam und Gefolgschaft leisten. Die Disziplin in den sogenannten Freien Gewerkschaften zu einem solchen Selbstzweck geworden, daß die Massen ohne Murren folgen, ob die Führer sie zum Kampf oder zur Kapitulation, ob in Macht und Glanz oder in Korruption und Schmach führen, ob sie proletarische Interessen oder lapidalistische Ausbeutung verstehen. Wer einmal auf dem Stuhl der Generalkommission der Gewerkschaften sitzt, ist eben Führer der Arbeitermassen — wohin er führt und was er kommandiert, ist gleichgültig. Und wahrlich, der Freiherr von Stumm selig, der sprichwörtliche Despot der Arbeiterschaft in Saarabien, hatte nicht entfernt solche kalte Verachtung für die Masse, wie die kleinen Luxoröllmlinge an der Spitze der Freien Gewerkschaften, die in den Massen gerade ihre blinde Autorität verachten. Hier, in diesem Verhältnis der deutschen organisierten Arbeiterschaft, also der Elitetruppen des deutschen Proletariats, zu ihren Führen stoßen wir zugleich auf das Problem des deutschen Militarismus, also auch des Imperialismus. Solange die deutschen Proletarier auf Geheiß der Legien u. Co. rechts und links, vorwärts und rückwärts wie eine Kompanie Soldaten schwenken, werden sie auch auf Geheiß des Militarismus auf Vater und Mutter schießen und ihre eigenen Brüder anderer Nationalität zerfleischen. Der Moloch Militarismus kommandiert sie so jetzt durch Legien u. Co. Den deutschen Militarismus übernimmt heißt also jetzt nichts anderes als den Kadavergehorsam der organisierten Arbeiter gegenüber den Legien u. Co. überpinseln. Hier, in diesem völlig kritiklosen, geistlosen, mechanischen Gehorsam einer Hammelherde steckt eine der wesentlichen Wurzeln des Militarismus. Der Militarismus sitzt den deutschen Arbeitern im eigenen Nacken.
>
> Als in Rußland in den 80er Jahren eine schäumende Welle von Bauernrevolten über die Türkei setzte, genügte oft als Beruhigungsmittel, daß sich der Türkistelle sein amtliches „Blechschild" umhing, damit die Bauern sofort kampfscheu wurden und auf das Geheiß des alsb mit Entrüstet geschmückten sogar einander exemplarisch mit Ruten züchtigten. Die Elite des heutigen Proletariats ähnelt heute in ihrer Anbetung des amtlichen Blechschildes dem russischen Mutschik aus der Zeit vor der Revolution. Die nächsten Schicksale der deutschen Arbeiterklasse wie die allgemeinen Aussichten des Sozialismus hängen davon ab, ob und wann die organisierten Proletarier in Deutschland ihre Mutschik-Reaktion abstreifen und sich von ihrer Anbetung für das Blechschild ihrer sogenannten Führer emanzipieren werden.

## Lehren des Parteitags

Der 5. Parteitag der KAPD., dessen Ergebnis jetzt vor uns liegt, war nicht ein Parteitag, der in der Hauptsache zu politischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Mitgliedschaften selbst Stellung zu nehmen hatte. Der Parteitag hatte die Aufgabe — auch hier gilt das Wort: Aussprechen, was ist — ein Gebrüll, das schon lange am Körper der Partei kraß, zu beseitigen. Wenn trotzdem mit aller Schärfe und Klarheit die alte Linie herausgearbeitet wurde, so darum, weil die Partei sich den Luxus nicht leisten kann, in Zukunft solchen utopistischen Phantasiereien von „Klassenkampf im Privatinteresse" irgendwelche Konzessionen zu machen.

Daß auf diesem Parteitag — trotzdem die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft vertreten war — in der Mitgliedschaft selbst sich keine Stimme zu jenen Theorien bekannte, dürfte seine tieferen Gründe haben. Wir wollen uns gar nicht verhehlen, daß einzelne kleine Ortsgruppen wie Kiel mit einem halben Dutzend usw. „geschlossen" abseits stehen. Auch in einzelnen anderen Orten sind kleine Zirkel vorhanden. Was haben nun diese Genossen getan, um im Vertrauen in die Durchschlagskraft ihre Argumente und ihre begabten Redner dem Parteitag ihrer Meinung zum Durchbruch zu verhelfen? Sie haben auf Befehl ihrer Oberhirten sich selbst und jeden, der sie habhaft werden konnten, beschworen, ja nicht, auch nicht als Gast den Parteitag zu besuchen, wohl in der ganz richtigen Erkenntnis, daß es ziemlich faul um ihre Sache steht. Selbst als Parteitagsdelegierte in einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung zum Essener Proletariat sprachen, brachte keiner trotz wiederholter Aufforderung den Mut auf, auszusprechen, was sie unter sich heldenmütig bis zum Erbrechen wiederholen, nämlich, daß dieser Parteitag nicht der der KAP. ist, und daß die KAP. Rheinland und Westfalens nichts mit uns zu tun hätte.

In irgendeinem Käseblättchen eine Politik der politischen Brunnenvergiftung zu treiben, die unerhörtesten Lügen aufzutischen und jeder Gelegenheit Farbe zu bekennen und den Wahrheitsbeweis anzutreten, konsequent aus dem Wege zu gehen, das ist das Wesen jenes Scheinradikalismus; den dieser Parteitag hoffentlich ein für allemal überwunden hat.

Den Dokumenten für eine solche Politik bildet stets eine falsch verstandene Illegalität. Eine Illegalität, die sehr oft — wo es gar nicht nötig ist — nicht nur die finanzielle Kontrolle ausschaltet, sondern die Partei in eine Abhängigkeit mit Leuten bringen kann und bringt, die man am besten als politische Hochstapler bezeichnet. Es ergibt sich ganz von selbst, daß der gesunde politische Einfluß der Mitgliedschaft zurückgedrängt wird und die betreffenden Körperschaften dann auf ihre Rechte pochen und erklären, daß nicht ein einzelner Bezirk das Recht der Kontrolle hat, sondern die Gesamtpartei. Man spekuliert ganz richtig, daß den Ortsgruppen im Reiche dies leicht als eine Bevormundung schmackhaft gemacht werden kann, was dann mit allen nur erdenklichen Mitteln erschleicht. Mit Hilfe einiger Elemente, die gar kein Mandat haben, wird dann stets eine Mehrheit konstruiert, und unter der Maske des Selbstbestimmungsrechtes jeder Versuch, die Partei von jenen Banditen — die, um ihrer Politik die Krone aufzusetzen, selbst theoretische Abhandlungen über Banditentum schreiben — im Keime erstickt. Weil eben die Differenzpunkte nicht auf politischem Gebiet liegen — man kann wohl vom Standpunkt des Klassenkampfes eine Politik des Intrigenspiels schlecht als Politik bezeichnen, — deswegen greift man eben in Situationen, wo die Opposition immer machtvoller ihr Haupt erheb

munismus böhmische Dörfer sind, stets eine Gefahr bilden. Es ist dies jener Teil, der sich von ein paar Phrasenhelden beeinflussen läßt und nicht in der Lage ist, selbständig zu irgendwelchen Fragen Stellung zu nehmen. Bei irgendwelchen Entscheidungen entscheidet dann etwas ganz anderes als Grundsätze. Diese Mitglieder bilden dann das Gefolge und stimmen dann allen möglichen Resolutionen zu, über deren Inhalt sie sich gar keine Rechenschaft ablegen. Die Partei muß auch hieraus die Lehre ziehen. Stets wechselnde Vertretung in den Zentralausschußsitzungen sowohl als auch in dem Funktionärapparat des Bezirkes, der Partei und Union ist das sicherste Mittel, einer gesäuselten Verkäuferfestung vorzubeugen. Doch es gelang, die Partei eine Zeitlang zu beunruhigen, ist hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß einige vollkommen unfähige Delegierte zum willfährigen Werkzeug von einigen Personen wurden und — vielleicht, weil sie nicht mehr zurück können — mit ihnen durch Dick und Dünn gehen.

Der Parteitag hat eine Fülle von Aufgaben aufgezeigt, die einer positiven Lösung bedürfen. Besonders die Fragen in bezug auf die RGW. werden in nächster Zukunft eine große Rolle spielen. Aufgabe unserer Genossen muß es sein, auch dort allen Spaltungsversuchen mit der nötigen Klarheit und Schärfe entgegenzutreten. Es darf nicht vorkommen, daß, nachdem in der Partei dieser Versuch abgeprallt ist, Teile von der Union abgesprengt werden, um sich eine Plattform zu schaffen, auf der das Zerstörungswerk weiter fortgesetzt werden soll. Die Erkenntnisse, die die Partei mühselig genug erhaschte, gilt es auch, in der Union zu verwerten.

Es hat den Anschein, als ob dem ekelhaften Auflösungsprozeß einer untergehenden Klasse alles erreichbar ist, selbst jener Teil der Arbeiterklasse, der sich hindurch gerettet hat durch den Pesthauch stinkender und gärender Blasen, die an die Oberfläche treiben. Auf der einen Seite führt das Kapital den Verdummungsfeldzug, der in den Unmöglichkeitsparolen der KPD. seinen Ausdruck findet, gegen die Arbeiterklasse und wirklich nicht ohne Erfolg. Auf der anderen Seite beherrschen der sentimentalweinerlich-ethische Pazifismus der Syndikalisten und „Einheitsorganisation" das Feld. Jedoch für uns muß dies erst recht ein Ansporn sein, nie und nimmer im Kampfe zu erlahmen. Der Parteitag war ein Zeichen dafür, daß im Proletariat noch ein Kern vorhanden ist, der die proletarische Revolution in ihrer ganzen Realität, in ihrer ganzen Nüchternheit und Schwere verkörpert, der unbesiegbar wie die Revolution selbst seinen Weg geht. **Darum, Genossen, mit frischem Mut, mit hellen Augen und mit verdoppelter Kraft erneut an die Arbeit!**

## Zwei Erfüllungspolitiker:
### Dittmann und Rathenau

Besonders charakteristisch für die innerdeutsche politische Situation ist die Stellungnahme der beiden treibenden Faktoren der Erfüllungspolitik zum Abschluß der Genuakonferenz. Es ist von uns schon wiederholt auf das Zusammenarbeiten der USP. mit der deutschen Hochfinanz in dieser Frage hingewiesen und die Gründe aufgezeigt worden. Wir haben bis jetzt immer angenommen, daß die USP. sich hier mehr unbewußt als bewußt in das bürgerliche Lager begeben habe. Ihre Handlungsweise ist nur die Konsequenz eines mißverstandenen Pazifismus. Die Hilferdingredaktion hat es auch immer verstanden, diese Linie einzuhalten. Sie hat nie zugegeben, rein kapitalistische Politik zu treiben. Sie war bedeutend verlogener, als es der gute Dittmann ist. In seinem Artikel „Von London bis Genua" beweist er seine gute marxistische Schulung; er wiederholt all die Gründe, welche seiner Zeit den Spartakusbund zur Ablehnung des Versailler Friedens als eine reine kapitalistische Angelegenheit geführt haben. Er weiß, daß die Erfüllungspolitik eine „kapitalistische Verständigungsidee" ist. Er sagt wörtlich:

„In Genua ist die große Linie in dem Verhältnis zwischen Sieger und Besiegten des Weltkrieges weiter in der Richtung zu einer kapitalistischen Verständigung an Stelle des militärischen Diktats verschoben worden. Eine Revision des Versailler Gewaltfriedens im Sinne einer Milderung liegt im Bewußtsein der kapitalistischen Internationale bereits als eine gemeinsame kapitalistische Notwendigkeit. Auch Herr Poincaré und der nationale Block in Frankreich werden sich allmählich an diesen Gedanken gewöhnen müssen. Die Oekonomie ist eben auf die Dauer stärker als die militärische Gewalt."

Er preist dann als das Verdienst der USP., diese Entwicklung auf das Entschiedenste gefördert zu haben, sie zu einer „zwangsläufigen für jede deutsche und Ententeregierung gemacht zu haben. Die konservative englische Regierung und die Zentralnationalen wollen sich dieser Erkenntnis beugen, das internationale Kapital kann nicht anders, als die von der USP. propagierte Politik betreiben. Die tiefste Konsequenz fehlt noch, daß die USP. jede deutsche Regierung, die Erfüllungspolitik treibe, wegen dieser Politik unterstützen müsse. Zum Beweis für die äußerst konsequente Haltung erklärt Dittmann die Erfüllungspolitik für eine „logische Fortsetzung" der von der USP. während des Krieges erhobenen Forderung nach einem „Verständigungsfrieden". Wann die deutsche Bourgeoisie bisher „Schlachtruf" gepfiff wäre, so „wäre der Krieg wie eine unentschiedene Schachpartie beendet worden". „Da aber Ludendorff über den Verständigungsfrieden siegte und den Gewaltfrieden der anderen erzwang, so blieb für die USP. über das Kriegsende hinaus die Aufgabe bestehen, die Idee des Verständigungsfriedens zu propagieren".

Es ist eigentlich unverständlich, weshalb die USP. sich immer so über den Gewaltmenschen Ludendorff sittlich entrüstet. Sie verdankt ihm doch ihre ganze Existenz — ohne Ludendorff keine USP., keine Trennungslinie von der SPD. Sie hätte nicht die Aufgabe, die Politik der Gewalt durch die Forderung, sich der Gewalt zu beugen, ad absurdum zu führen, den Nachweis der Sinnlosigkeit zu erbringen. Ja, wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Die USP. wollte das deutsche Proletariat für die Sünden der deutschen Bourgeoisie strafen. Mitgefangen, mitgehangen. Moral muß sein. Es liegt aber kein großer Sinn in dieser Politik. Diesen offenbart Dittmann am Schluß. Er weist dem Proletariat seine Aufgaben zu, es hat die Aufgabe, die „im kapitalistischen System begründeten latenten Kriegsgefahren zu beseitigen". Diese Aufgabe hat es auch durchgeführt. „Mit London begann die erste Etappe der Sanktionspolitik, Genua steht an ihrem Ende." Nach der glücklichen Ertreibung dieser kapitalistischen Gefahr heißt es doppelt aufgepaßt, weil jetzt das internationale Kapital freie Hand hat, gegen das zerspliterte Weltproletariat den sozialen Krieg zu führen. Deshalb wird am Schluß die deutsche und die Weltarbeitschaft das Proletariat versagt.

Es wird sich mancher Genosse fragen, weshalb immer wieder das Thema der Erfüllungspolitik von uns herausgegriffen und warum gerade dieser Artikel herausgegriffen wird. Der 31. Mai 1922 wird wieder eine neue Belastungsprobe der Erfüllungspolitik bilden, die deutsche Regierung wird wieder einen Kampf mit der Rechten ausführen. Die SPD. und die USP. werden wieder in die Massen appellieren. Diesem Rummel gegenüber müssen wir den Arbeitern das ganze Wesen der Erfüllungspolitik aufzeigen. Gerade der Artikel Dittmanns enthüllt am deutlichsten den ganzen Schwindel von dem „proletarischen" Charakter der Erfüllungspolitik. Es wird hier die bewußte Tendenz, kapitalistische Wiederaufbaupolitik zu treiben, ganz offen zugegeben. Der Kampf der USP. wird als bürgerlicher Pazifismus, welcher als Gegenpart Ludendorffischen Gewaltfriedens entgegenstehe, die Arbeit der USP. soll der kapitalistischen Verständigungsnotwendigkeit. Sie rühmt sich, diese soweit ausgebaut zu haben, daß sie im kapitalistischen Sinne allgemein als zwangsläufig angesehen wird. Diese konterrevolutionäre Handlungsweise hat dem Kapital allein die Genua ermöglicht. Die Folgen sehen wir alle in der enormen Verelendung nicht nur des deutschen, sondern des gesamten Proletariats. Durch die Beschleunigung des kapitalistischen Charakters wurde das Proletariat zur Aufgabe des revolutionären Kampfes gedrängt. Es ließ sich nur zu leicht und zu gern beruhigen. Die bewußte Fronde der Rechten hat zu diesem Glauben erheblich beigetragen. Sie wird auch jetzt wieder die Opposition übernehmen, trotzdem sie „zwangsläufig" Erfüllungspolitik treiben muß. Es ist in der „Welt" schon wehmütig dargelegt, daß der unsäglichen Gegensatz zwischen Sinn und Schwerindustrie durch die Entwicklung aufgehoben ist. Der Clou des Theaters würde sein, daß das Proletariat freiwillig neue Milliarden Steuern sich selbst bewilligen wird. Dies muß mit allen Kräften verhindert werden. Das Proletariat muß nicht nur jede Verantwortung für eine kapitalistische Politik ablehnen, sondern es muß sie auf das Schärfste bekämpfen. Dies ist um so notwendiger, als das Kapital selbst nach dem bisherigen Gang der Entwicklung absolut keine Wiederaufbaumöglichkeiten sieht.

Rathenau hat in seiner Schlußrede am Karsten von allen europäischen Staatsmännern das ganze Problem in seiner vollen Hoffnungslosigkeit unter langanhaltendem stürmischen Beifall aufgerollt. Er hat die These von der Notwendigkeit der Erschließung des russischen Marktes fallen gelassen, weil ein Einfluß dieser Politik in greifbarer weiter Ferne erscheine. Es bestehen „vier große Wahrheiten" in programmatischer Form ausgesprochen. Es zeigt sich in ihnen die vollkommene Bankerott des Kapitalismus am deutlichsten. Die erste dieser Wahrheiten lautet:

**Die gesamte Verschuldung der Länder ist zu groß im Verhältnis zu ihre Produktionskraft.**

Es ist nicht zu bestreiten, daß Rathenau hier den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Dieses Schuldsystem ist gerade, wie Lloyd George sich später im Hinblick auf Rußland geäußert hat, „der Ehrenschild Europas, ein altes Erbteil der Menschheit, das sich nicht ausrotten läßt." Westeuropa verlangt für die gelieferten Waren Bezahlung. Es erwartet, daß Gelehenes zurückbezahlt wird usw. Dieser Ehrenschild ist eben das kapitalistische System. Man verlangt von Rußland strikties Befolgen, selbst will man diesen Ehrenschild Amerika, dem Hauptgläubiger, gegenüber, nicht durchführen. Man verlangt, daß Amerika auf Bezahlung verzichten soll. Es hält sich aber an den Ehrenkodex und lehnt jede Streichung von Schulden ab, ohne eine Beteiligung Amerikas hält Rathenau aber einen Wiederaufbau Europas für unmöglich. Die Lösung des Problems liegt, wie wir schon wiederholt dargelegt haben, nicht in der Erschließung Rußlands, sondern in der Stellung Amerikas. Dies hat auch die Genua-Konferenz am deutlichsten gezeigt. Sie blieb ohne jede positiven Resultate, weil das amerikanische Kapital eine Beteiligung ablehnte. Trotz des Drängens sämtlicher Konferenzteilnehmer ließ sich irgendeine Zusage nicht erreichen. Auch der Schachzug einer Sonderbesprechung des russischen Problems durch eine Sachverständigen-Konferenz im Haag hat nichts genutzt. Rathenau überzeugte aller in den Wiederaufbauproblemen liegenden neuen Bewegung ausführt werden. Die Lösung dieses Ausmaßes soll durch den allgemeinen Abbau des Verschuldungskreises herbei geführt werden unter gleichzeitiger Aufbringung großer neuer Mittel für den Wiederaufbau. Rathenau kehrt mit dieser vierten Wahrheit zur ersten zurück, deren Durchführung schon als unmöglich nachgewiesen ist. Hier ist wieder der Ruf an Amerika. Ueberhaupt geht das ganze Gespräch um die Gunst von Amerika.

Die vier ausgesprochenen Wahrheiten sind eben die Bankerotterklärung des Kapitals. Sie wurden mit langanhaltendem, stürmischem Beifall begrüßt.

## Der Weberaufstand im Jahre 1844

Der Hungeraufstand der Leinweber von Peterswaldau und Langenbielau am Fuße des Eulengebirges in Schlesien war ein Ausbruch der Verzweiflung über ganz unerhörte Not und Ausbeutung. Er brach ganz plötzlich aus und wurde mit der Goldoteska rücksichtslos niedergeworfen. Das schlesische Weberelend der vierziger Jahre ist von den zeitgenössischen Dichtern erschütternd geschildert worden. Diese flammenden Anklagen sind in keiner Weise übertrieben. Die Lage der Weber war so miserabel, daß sie nicht mal in der Lage waren auch nur die Kartoffeln zu erstehen, obwohl sie Tag und Nacht arbeiteten. Es war zur Zeit als die mechanische Weberei sich mächtig entwickelte, besonders in England, wodurch eine Absatzkrise eintrat. Die englische Maschinenweberei machte den Erzeugnissen der schlesischen Handweberei eine weit überlegene Konkurrenz. Die Situation wurde aber noch verschlimmert durch die unsinnige Handelspolitik der damaligen preußischen Regierung. Eine fortwährende Arbeitslosigkeit unter den Handwebern nutzten die Fabrikherren aus durch unausgesetzte Lohnsenkung der Löhne. Die Unternehmer waren damit noch nicht zufrieden, sie verfanden es, die skrupellose Lohndrückerei so weit auszudehnen, daß sie ihre Profite trotz alledem auf Kosten der ausgemergelten Weber ganz gewaltig erhöhten. Es kam dahin, daß eine Weberfamilie pro Tag im ganzen 4 Silbergroschen verdiente. „Die Kapitalisten verstanden es aber noch, Extraprofite aus den Webern herauszuschlagen, indem sie das Trucksystem in der ausbeuterischsten Form handhabten. Neben den elenden Hütten der Weber stand die Villa des Fabrikanten in luxuriöser Bauart.

So sammelte sich in der Webergegend allmählich ein riesiger Explosionsstoff. In Peterswaldau war es besonders die Firma Zwanziger, die am brutalsten vorging und so den Webern am tiefsten verhaßt war. Die Gebrüder Zwanziger zahlten 1844 für schlichtes Gewebe 12 Silbergroschen und wollten diesen Hungergeld auf 10 Silbergroschen herunterdrücken. Ihr Reichtum machte dabei zusehends, und wurde von ihnen protzig zur Schau getragen. Auf die Klagen der Weber hatten sie nur Hohn übrig und sprachen dies auch den hungernden Webern offen ins Gesicht. Gegen diese Gebrüder Zwanziger richtete sich auch das bekannte Lied von Heinrich und dem Harmes, das im Sommer 1844 eins der Mitte der Weber hervorging.

„Die Herren Zwanziger, die Henker sind,
Die Diener ihre Schergen,
Davon ein jeder tapfer schind't,
Anstatt was zu verbergen.
Ihr Schurken oil, ihr Satansbrut!
Ihr höllischen Kujone!
Ihr fragt den Armen Hab' und Gut,
Und Fluch wird Euch zum Lohne!"

Dies Lied gab den Anlaß zum Ausbruch der Verzweiflung unter den hungernden Webern. Es wurde wiederholt vor dem Hause Zwanzigers abgesungen. Einer der Demonstranten wurde dabei ergriffen, ins Zuchthaus geschleppt, mißhandelt, der Polizei übergeben und gefangen gesetzt. Jetzt riß über diese Provokation den Webern der Geduldsfaden. Am 4. Juni 1844 rotteten sich eine große Menge von Webern zusammen und zog gegen das Haus Zwanzigers. Die waren aber zunächst noch so „gesichtet", indem sie Soldaten ferner, von weiter entfernten Wirtschaftsämtern verlangten, und so von einer gewaltsamen Handlung Abstand nahmen. Erst als diese Forderung höhnisch abgeschlagen wurde, war unter den Webern kein Halten mehr. Die erzwangen sich den Eingang, schlugen das Gitterwerk kaputt, durchstürmten dann die ganze Villa, zertrümmerten alles: Möbel, Spiegel, Porzellan, Bücher, Wechsel und sonstige Papiere. Sie wurden dabei besonders erbittert über den ungeheuren Luxus, der auf ihre Kosten, aus ihren Knochen herausgeschlendert worden war. Sie warfen dann die Mangels-Vorräte aus den Fenstern heraus ins Freie und machten alles unbrauchbar. Zwanziger war es gelungen mit seiner Familie zu flüchten, die erbitterten Weber suchten in der Villa und in den dahinter liegenden Wagenremisen vergeblich. Einige schlugen nun vor, das Haus niederzubrennen, ein großer Teil war aber dagegen, indem sie meinten: „Dann würden die Zwanzigers Brandgelder erhalten und es sei doch ihre Absicht, sie auch einmal „arm" zu machen, damit sie am eigenen Leibe erfahren, wie weh der Hunger tue."

Die planlos und naiv die hungernden Weber waren, bewirkt, daß den andern Kapitalisten von Peterswaldau nichts geschah. Zwanzigers nächster Nachbar, der Fabrikant Wagenknecht, blieb verschont, er machte den Webern ein „Geschenk", indem er ihnen einige Münzen hinauswarf und dafür von den Webern ein „Hoch" erhielt. Ein anderer Unternehmer, der auch besonders von den Webern gehaßt war, wandte die Rache dadurch von sich ab, indem er jedem fünf Groschen gab und Brot, Butter und Speck anbieten ließ. Für den nächsten Tag, den 5. Juni, sollte dem nächsten Weberdorf Langenbielau ein Besuch abgestattet werden. Und zwar wollte man hier mit der verrufenen Firma Dierig abrechnen. Eine Menschenmenge von 3000 Köpfen wälzte sich nun am Morgen des 5. Juni nach dem eine Stunde entlegenen Langenbielau. Sie hatten sich mit Beilen, langen Stangen, Eisenstücken usw. versehen. Käte Kollwitz hat diesen Ueberzug in ihrer Serie „Der Weberaufstand" richtig dargestellt. Als die Weber das eine Dierische Gebäude angriffen, wurde ihr Angriff von den Fabrikknechten und Handlungsdiennern nach heftigem Kampfe abgeschlagen. Sie wandten sich der Filiale zu und wurden durch die Dierischen Arbeiter verstärkt. In seiner Angst versprach nun Dierig jedem Weber, der ihn ungeschoren ließe, fünf Groschen. Die waren im Begriff, das anzunehmen, als ganz plötzlich Militär heranrückte, das aus Schweidnitz kam. Mit der Auszahlung der versprochenen fünf Groschen beeilte man sich nun nicht. Die Weber wurden nun unglaublich und drangen sich immer mehr an die Soldaten heran, von denen eine größere Abteilung um das Haus Posto gefaßt hatte. Der kommandierende Major ließ nun Feuer geben. Drei Salven wurden auf die dichtgedrängte Menge abgegeben. 11 Tote und viele Verwundete schwammen in ihrem Blute. Der Anblick der Opfer trieb aber die Weber nicht in die Flucht, wie es die Soldateska gehofft hatte. Im Gegenteil, der Anblick erfüllte sie mit verzweifeltem Mut. Mit Aexten, Brückenpfählen und Steinen auf die Soldateska los und zu beheben für den Angenblick die Oberhand. Die Soldaten mußten flüchten. Jetzt zerstörten die Weber das ganze Dierische Gebäude. Am 6. Juni erfolgte der Zusammenbruch des Hungeraufstandes. Das Militär erhielt Verstärkung. Geschütze, Reiterei wurde herangeholt. Am Vormittag des 6. Juni gegen hiebe in Langenbielau ein. Widerstand war gegen solche Uebermacht hoffnungslos und mußte auch nicht versucht. Die Weber flüchteten teilweise in die Berge und Wälder. Eine wüste Menschenjagd begann. Von den festgenommen 83 Aufständischen wurden alle zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt, ein Teil zu zehn Jahren Zwangsarbeit und 24 Peitschenhieben. Auf diese Art war für die Kapitalisten die Weberfrage jetzt „glänzend" gelöst. Die Weber mußten weiter hungern, man gab ihnen einige Almosen mehr. 1847 setzte der Hungertyphus ein und räumte fürchterlich unter ihnen auf.

Der Weberaufstand wird ausführlich behandelt in den von Franz Mehring herausgegebenen sozialistischen Neudrucken: Wilhelm Wolff: Gesammelte Schriften, Dornseiff-Verlag 1909, in welchen auch das Weber-Lied vollständig enthalten ist.

**Bergetzt die politischen Gefangenen nicht!**
**Sendet Geld an die R. H. A.**
Postscheckkonto Berlin NW 7 Nr. 116 493 Kurt Andrießen,
Berlin O 34

Ausgleich ihres Haushalts erreichen, wenn die äußeren Schulden wegfallen.

Hier liegt der Kern des Problems. Der Konkurs eines Schuldners hat schon manchen sonst kapitalkräftigen Gläubiger zu Fall gebracht. Das amerikanische Kapital kann unmöglich bei Strafe des Untergangs sich in diese Situation bringen. Es muß auf seinen Schein bestehen. Erlaß kommt nicht in Frage höchstens Stundung. Dies bedeutet eine jahrzehntelange Schuldknechtschaft mit weiterem Verfall der Produktionskräfte. Die Voraussetzung einer Sanierung in der Privatwirtschaft ist die Tragfähigkeit des Gläubigers. Diese ist bisher überhaupt nicht untersucht worden. Zumutungen kann man leicht stellen, ob sie aber der Gläubiger erfüllen kann oder will, ist eine andere Frage. Der Kapitalismus hat keine eigenen Gesetze. Diese schreiben ihm die Art und Weise des Handelns vor. Ein Bankerott des Schuldners bedeutet immer gleichzeitig eine schwere innere Krise für den Gläubiger, zumal wenn die Interessen der Parteien so stark ineinander verkrampft sind. Zu der Lösung dieser Frage hat die Genua-Konferenz nichts beigetragen. Die Sanierungsfrage, die Grundlage des Wiederaufbaus, ist überhaupt nicht behandelt worden.

Die zweite unausgesprochene Wahrheit erblickt Rathenau in den Satz, daß kein Gläubiger seine Schuldner ans Bezahlen der Schulden hindern sollte. Man sollte dies für selbstverständlich halten, und doch bedeutet die Zahlung, weil sie nur in Sachgütern erfolgen kann, den wirtschaftlichen Ruin des Gläubigers. Die Hauptschuldnerstaaten, deren Valuta naturgemäß sehr niedrig steht, wollen einen uneingeschränkten Absatzmarkt für ihre Produkte in den valutastarken Ländern. Diese Grundsatz hat zur Ueberschwemmung der einheimischen Märkte mit fremden Produkten und zur Stillegung der eigenen Industrie geführt. In der ganzen Welt hat sich dagegen die Antidumpingsetzgebung gewendet, welche immer stärker ausgebaut wird, je weiter die Krise fortschreitet. In ihrer Wirkung wird sie schließlich zu einem Zahlungsverbot in Gütern. Dies bedeutet die Zahlungsfähigkeit der Schuldner. In dieser Situation befinden wir uns augenblicklich. Auch hier kein Ausweg, im Gegenteil, durch den Zwang der Reparationskommission ist dieser Zustand in Deutschland beschleunigt herbeigeführt. Unser Export wird in wenigen Monaten vollkommen brachliegen. In Oesterreich ist die schon der Fall.

Die dritte Wahrheit heißt:

„Der heutige Zustand der Welt ist nicht Frieden, sondern ein Zustand, der dem Kriege ähnlich ist, jedenfalls ist es kein vollkommener Friede."

Die im Kapitalismus liegende latente Kriegsgefahr ist eben noch lange nicht beendet, wie der gute Dittmann es glaubt. Im Gegenteil, die Gegensätze haben sich verschärft. Ein offener Bruch zwischen England und Frankreich ist nur mit Mühe vermieden worden. Nicht umsonst hat der englische Arbeiterführer Thomas seinen Alarmruf über die augenblicklich drohende Kriegsgefahr veröffentlicht. Dieser Arbeiterverräter machte schon vorzeitig Stimmung für den nächsten Krieg. Es hat sich nichts verändert. An Stelle des englisch-französisch-deutschen Gegensatzes ist der Zwiespalt zwischen England und Frankreich getreten. Es ist derselbe Gleichgewichtszustand wie in den Vorkriegsjahren.

Jetzt zur letzten, unausgesprochenen Wahrheit: Nicht durch irgendeinen oder zwei Käufer, sondern durch das Zusammenwirken aller in den Wiederaufbauproblemen liegenden neuen Bewegung ausführt werden. Die Lösung dieses Ausmaßes soll durch den allgemeinen Abbau des Verschuldungskreises herbei geführt werden unter gleichzeitiger Aufbringung großer neuer Mittel für den Wiederaufbau. Rathenau kehrt mit dieser vierten Wahrheit zur ersten zurück, deren Durchführung schon als unmöglich nachgewiesen ist. Hier ist wieder der Ruf an Amerika. Ueberhaupt geht das ganze Gespräch um die Gunst von Amerika.

Die vier ausgesprochenen Wahrheiten sind eben die Bankerotterklärung des Kapitals. Sie wurden mit langanhaltendem, stürmischem Beifall begrüßt.

## Politische Rundschau

Der deutsche Reichsfinanzminister Hermes weilt augenblicklich in Paris, um der Reparationskommission über die seitens der deutschen Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Leistung der Reparationszahlungen Bericht zu erstatten. Das ist gar nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Sollen doch bis zum 31. Mai die durch das bekannte Ultimatum geforderten weiteren 60 Milliarden Gutsagen aufgebracht werden, ganz abgesehen davon, daß auch mit dieser Summe, die durch den wahnsinnigen Krieg ins Unermeßliche gesteigerte Schuldenlasten bei weitem nicht getilgt werden können. Da man einen positiven Ausweg beim besten Willen nicht findet, so greift man auf die durch Halbferiel begründete und bisher so glänzend durchgeführte Pumptechnik zurück, d. h. man versucht mit allen Mitteln im Auslande — vor allem natürlich Amerika — eine große Anleihe unterzubringen, um damit zunächst den dringendsten Anforderungen gerecht zu werden. Nun sind zwar die Amerikaner durchaus nicht abgeneigt, unter gewissen Bedingungen, wie Kontrolle der deutschen Finanzämter und Revision des Friedensvertrages von Versailles, eine solche Anleihe zu gewähren, wohl in der Hoffnung, bei eintretenden Zahlungsschwierigkeiten die ganze deutsche Industrie zu Wucherpreisen aufkaufen zu können. Doch die wohl organisierten Stinnesleute sind anderer Meinung, sie glauben, das Geschäft lediglich ihrer schrankenlosen Ausnutzerung des deutschen Volkes und der dadurch erzielten märchenhaften Ueberprofite ebenfalls machen zu können und spekulieren dabei hauptsächlich auf die Uebernahme der Eisenbahn und der Post in Privatbesitz — als Garantien. Durch die von ihnen gehaute Presse, mit der sie es sehr gut verstehen, die sogenannte öffentliche Meinung zu beeinflussen, rechnen sie vor, daß man für die in Betracht kommenden 3 Milliarden Goldmark jährlich etwa 90 Milliarden Papiermark Zinsen zahlen muß. Dazu kämen noch 2½ Milliarden Goldmark für Sachleistungen, ferner die Aufwendungen für Liquidationen und Entschädigungen und nicht zu vergessen die Besatzungskosten, die etwa, günstig gerechnet, 800 Milliarden ausmachen. Deutschland müßte also beim Zustandekommen einer solchen Anleihe jährlich 4,3 Milliarden Goldmark oder etwa 160 Milliarden Papiermark Zinsen zahlen. — Die Rechnung an sich stimmt schon, aber dem Proletariat, das — ausgelogen die aus Mark — alle diese neuen Lasten noch tragen muß, kann es egal sein, ob es für das deutsche oder für das amerikanische Kapital ausgebeutet wird.

Für die arbeitende Klasse gibt es nur einen Ausweg: Revolution und Verbrüderung mit den kämpfenden Genossen der anderen Länder. — Freilich, die „Rote Fahne" hat da noch ein ganz besonderes Rezept. Sie schreibt zu diesem Thema:

Eine bürgerliche Regierung in Deutschland und ihre Politik bringen immer neue Lasten für das Proletariat. Wenn Reparationszahlungen geleistet werden, dann muß die Arbeiterschaft verlangen, daß sie von denen bezahlt werden, die den Krieg gewollt und verloren haben: die Kapitalisten. Diese Forderung der Arbeiter kann nur eine Arbeiterregierung erfüllen.

Fehlt nur noch die sattsam bekannte Parole dahinter: „Drum wählt Kommunisten." Ob diese Leute wohl mal etwas vom Klassenkampf gehört haben, der allmählich geradezu zu einer Existenzfrage für das Proletariat geworden ist?

Die Frage der Anleihe gewinnt aber auch noch nach einer anderen Seite hin eine große Bedeutung, und zwar würde dieselbe ohne Zweifel eine Stabilisierung des Markkurses hervorrufen, was bei den heutigen Warenpreisen, die schon zum großen Teil über dem Weltmarktpreis liegen und nur nur unter der Voraussetzung des steten

## Fünfter Parteitag der KAPD. in Essen

(Fortsetzung.)

**Gen. M.-Berlin:** Die vertikale Linie ist nicht neu und ein Ergebnis der Nachkriegszeit, sondern hat schon vor dem Kriege bestanden. Es fragt sich nun, ob diese vertikale Linie es dem Kapital möglich macht, aus der Krisis herauszukommen. Gen. B. hat an genügend Beispielen aufgezeigt, daß das unmöglich ist.

Das Gesetz der kapitalistischen Politik ist und bleibt die Profitwirtschaft. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man das Problem „Rußland" betrachtet. Rußland ist nicht zu verwechseln mit einem Land wie Indien, Kanada usw. Rußland ist ein europäisches Land, ist entwickelbar. Aus Rußland ist jetzt aber kein großer Profit herauszuholen; die Wechselwirkung auf Westeuropa wird deshalb keine große sein.

Man muß sich die Tätigkeit ansehen, die die politischen Parteien entfalten.

Die Politik der 3. Internationale ist von einer solchen Art und Weise, daß der Kommunismus in der ganzen Welt immer mehr diskreditiert wurde. Diese Art der Agitation und Organisation trägt nicht dazu bei, die subjektiven Erkenntnisse des Proletariats zu verbessern.

Die jetzige Situation ist mit der Situation während des Krieges zu vergleichen. Auch damals war es zuerst nur ein kleiner Teil, der den Kampf aufnahm. Erst nachdem der erste Rausch vorbei war, war es möglich, zu arbeiten.

Ich schlage vor, eine Kommission zu wählen, die als Extrakt der Diskussion irgendeine Resolution ausgearbeitet, um ein bestimmtes Resultat zu erzielen.

**Gen. K. (GKH.).** Der Kapitalismus könnte nur gesunden, wenn es ihm gelingt, seine Reproduktion auf erweiterter Basis aufzunehmen. Zu diesem Zweck muß er neue Länder in sein Bereich ziehen.

Kann nun Rußland die Rolle des Retters des Kapitalismus spielen?

Die Einbeziehung Rußlands kann zunächst geschehen durch Austausch der Güter, durch Handel. Der ist aber begrenzt. Rußland muß Gegenwerte liefern können. Das kann es aber nur in beschränktem Maße tun; denn selbst zur Förderung der Rohstoffe gehört eine gewisse Industrie, die nicht — oder nicht mehr — vorhanden ist. Von der Zerstörung der russischen Wirtschaft macht man sich keine Vorstellung. Im Uralgebirge z. B. — vor dem Kriege der Hauptlieferant für Platin usw. — existiert kein einziges Bergwerk, keine einzige Fabrik mehr. Gewiß hat Rußland ungeheure Bodenschätze. Ich erinnere nur an das Donezbecken, an das Kuznetzbecken, an den Ural usw. Bodenschätze in der Erde nützen dem Kapital aber absolut nichts. Die sind auch im Innern Südamerikas und Zentralafrikas in großer Menge vorhanden. Es kommt darauf an, sie der Erde zu entreißen und der Weltwirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Die andere Möglichkeit der Ausbeutung Rußlands ist die durch Kapitalexport, d. h. durch Errichten von Tochtergesellschaften in Rußland. Sie ist zu verzichten auf die Errichtung von Filialen eines Stammhauses. Der Kapitalist wird sich zu Kapitalexport aber nur verstehen, wenn großer Profit winkt und das angelegte Kapital sichergestellt ist. Und selbst dann ist es ein Risikogeschäft. Menschenmaterial, das noch ausbeutungsfähig ist, findet der Kapitalismus in genügend in Rußland vor. Um das Kapital sicherzustellen, hat der Kapitalismus ein großes Interesse, die Regierung, die ihm dieses garantiert, d. h. die Sowjetregierung, gegen Anfeindungen innerer und äußerer Art zu schützen.

Der internationale Kapitalismus hat ein Interesse daran, der Sowjetregierung geschlossen gegenüberzutreten. Deshalb der unaufhörliche Versuch, ein internationales Finanzkonsortium zu bilden. Die Sowjetregierung wiederum möchte die einzelnen Kapitalismen getrennt vor sich haben, um sie gegenseitig ausspielen zu können. Ich erinnere an die unaufhörlichen Versuche, Deutschland gegen Frankreich, England gegen Frankreich, Frankreich gegen Deutschland auszuspielen, an die Unterredung Rodek-Sauermann u. a. m. Als erster Sieg der russischen Politik ist der Vertrag von Rapallo zu bewerten, der zwar praktisch bedeutungslos ist, aber immerhin in den sich bildenden Ring der internationalen Kapitalismen die erste Bresche schlägt.

Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß es nicht darauf ankommt, Bodenschätze zu besitzen, sondern sie zu fördern, und daß der Schornstein nur da raucht, wo Profit winkt. Wenn der Transport so schwierig oder so teuer ist, daß kein Profit winkt, läßt der Kapitalismus die russischen Bodenschätze ruhig in Rußland liegen und holt sich von wo anders billigere. So stellt sich z. B. der Transport von Rohstoffen aus der Ukraine per Eisenbahn so teuer, daß es sich nicht lohnt. An eine Ausfuhr konnte nicht gegangen werden, bevor nicht ein billigerer Weg geschaffen war. Das ist jetzt in Genua geschehen durch den Vertrag der Russen mit Italien über Einstellung der italienischen Handelsflotte in den Dienst des ukrainischen Verkehrs.

Die Vorbedingung einer Ausfuhrmöglichkeit ist aber die Herstellung von geregelten Transportmöglichkeiten in Rußland selbst. Die Zerrüttung des russischen Eisenbahnnetzes übersteigt alle Begriffe. Es wieder herzustellen, erfordert Jahre. Mindestens bis zu dieser Zeit hat der Kapitalismus, selbst wenn er alle anderen Schwierigkeiten überwindet, keine Möglichkeit, sich in und an Rußland „gesund" zu machen. Und eine Frage ist es, ob der internationale Kapitalismus ein solches Geschäft mit lange Sicht eingehen kann und eingehen wird. Eine kommunistische Weltwirtschaft könnte wohl eine solche Politik auf lange Sicht betreiben, der Kapitalismus aber kann nur kurzfristige, profitreiche Geschäfte machen; das liegt in seinem Wesen begründet.

Das Proletariat sieht das alles. Es arbeitet und verelendet dabei von Tag zu Tag mehr. Als dumpfes Bewußtsein empfindet es, daß ihm doch nichts helfen wird. Es bleibt ihm eben nur ein Ausweg: Den Kampf ums Ganze, um die Macht aufzunehmen. Scheinbar ist alles ruhig. Dieses dumpfe Gefühl zu einem bewußten zu gestalten, m. a. W. die subjektiven Bedingungen aufzugleichen zu fördern, ist unsere Aufgabe.

Nun möchte ich mich der heute angeschnittenen Frage eines künftigen Krieges zuwenden. Zunächst: Wer soll gegen wen Krieg führen? England gegen Frankreich?

– Trotz aller Differenzen haben beide doch ein gemeinsames Interesse, was höher steht als alle Differenzen: den Versailler Friedensvertrag. Ein Krieg Frankreich gegen England würde bedeuten: Zerreißung des Friedensvertrages, Stärkung Deutschlands. Und da beide Mächte das wissen, und beide das nicht wollen, wird es eben nicht zu einem Kriege zwischen England und Frankreich kommen können. Und Frankreich gegen Deutschland? Es kann wohl zu einer Besetzung des-Ruhrreviers kommen. Das wird aber höchstens Protestnoten zur Folge haben. Deutschland kann keinen Krieg führen. Eine Besetzung des Ruhrreviers ist kein Krieg; einer allein kann keinen Krieg führen, zum Krieg führen gehören zwei. Ein neuer Krieg auf ist, gehört also in das Reich der Illusionen.

**Gen. B. (GKH.):** Ein Wiederaufrichten des Kapitalismus an Rußland ist vorläufig unmöglich.

In Rußland sind ungeheure Werte verloren gegangen. Das Volksvermögen ist von 12 Milliarden Goldrubel im Jahre 1914 auf 5 Milliarden gesunken! Zur Wiederaufrichtung der Landwirtschaft gebraucht Rußland 3 Milliarden Goldrubel; zur Wiederaufrichtung des Transportwesens 5 Milliarden, zusammen also 8 Milliarden Goldrubel =

zu sein. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sagte zu dieser Vorlage unter anderem folgendes:

„Ich möchte den Gedanken der Dringlichkeit der Verabschiedung des Arbeitsnachweisgesetzes nochmals besonders unterstreichen. Augenblicklich haben wir eine verhältnismäßig sehr geringe Arbeitslosigkeit, aber es besteht kein Zweifel, daß es sich nur um eine Scheinblüte handelt, und wir vielleicht in naher Zukunft mit einer Verschlechterung unseres ganzen Wirtschaftslebens rechnen müssen. Ich sehe schon die Zeichen dafür. Die Tatsachen, daß französische Eisenbahnen den südwestdeutschen Markt überschwemmen, daß wir beträchtliche Mengen ausländischer Kohle einführen müssen, und wir selbst im Herzen unserer Industrie, in Rheinland-Westfalen, den Betrieb nur durchführen können mit Hilfe englischer Kohle, daß die Preise so gestiegen sind, daß wieder so etwas wie ein Teuerungsstreik einsetzen muß, weil die große Menge der Bevölkerung nicht mehr mitkommen kann, muß zu denken geben, daß die ganze Konjunktur sich ändert, und wir recht bald wieder vor einer großen Arbeitslosigkeit stehen."

Der Arbeiterklasse werden die „sozialen Errungenschaften" bald so weit an den Hals reichen, daß ihr, wenn es gemütlich weiter trottet, die Luft ausgeht.

## Aus der Arbeiterbewegung

### Ueberall Generaloffensive des Kapitals

**Das Ende des bayerischen Metallarbeiterstreiks.**

München, 22. Mai.

Der Regierungsvorschlag, auf den sich, wie gemeldet, die streikenden Teile in der bayerischen Metallindustrie geeinigt haben, lautet folgendermaßen:

„Sämtliche vom Streik oder der Aussperrung erfaßten Betriebe werden unverzüglich unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten wieder eröffnet. In allen unter den Vertrag fallenden Betrieben bleibt die bisherige regelmäßige reinmachentliche Arbeitszeit bestehen. **Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet,** ist nach vorheriger Verständigung des Arbeiterrates die Arbeitszeit so weit zu verlängern, daß auch die 48. Wochenstunde gearbeitet wird, wobei für letztere Zuschlag für eine Stunde in der Höhe zu zahlen ist, wie er für Ueberstunden tarifisch vereinbart ist. Die dadurch sich ergebende Gesamtarbeitszeit kann auf Verlangen der Betriebsleitung in die reinmächentlichen Arbeitszeit ohne Anrechnung der Pausen aufgenommen werden."

**Aussperrung in Frankfurt a. M.**

Bei den heutigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Verband der Metallindustriellen für Hessen-Nassau, Hessen sind die angrenzenden Gebiete wurden die Vorschläge der Arbeitgeber von den Gewerkschaften abgelehnt. Das bedeutet die Aussperrung von über 40 000 Metallarbeitern im Bezirk Frankfurt a. M., wozu auch Offenbach, Hanau, Darmstadt usw. gehören. Die Aussperrung tritt heute abend bzw. morgen früh in Kraft.

**Oesterreich.**

MTB. Wien, 21. Mai.

Der Verband der österreichischen Eisen- und Metallwarenproduzenten hat im Verein mit den ihm angeschlossenen Genossenschaften der Metall verarbeitenden Gewerbe gestern das Wiener Bezirksschiedsgericht des österreichischen Metallarbeiterverbandes davon verständigt, daß seine am 18. Mai abgehaltene Generalversammlung beschlossen hat, mit dem Arbeitnehmerverband in Verhandlungen einzutreten, da die neu erwachsenen gleitenden Teuerungszulagen von den Produzenten aus materiellen Gründen nicht mehr geleistet werden könnten. Die Arbeitnehmerverbände werden ernstlich gebeten, die Angelegenheit durch unverzügliche Verhandlungen mit dem Produzentenverbande zu erledigen. Andernfalls müßten weitere Entlassungen, Betriebseinschränkungen und Stillegungen vorgenommen werden.

**Spanien.**

Der spanische Bergarbeiterverband proklamierte den Generalstreik.

**England.**

Der Konflikt in der englischen Baumwollindustrie ist beigelegt worden.

**Italien.**

In den Fiatwerken (die größten italienischen Automobilwerke) in Turin werden die Arbeiter infolge von neuen Lohnkürzungen in den Ausstand treten. In der ganzen oberitalienischen Metallindustrie werden Lohnkürzungen angekündigt, die von der Arbeiterschaft ohne Ausnahme zurückgewiesen werden.

Das Kapital ist sich der ganzen Größe der Gefahr voll bewußt. Mit dem einer untergehenden Klasse eigentümlichen Fanatismus geht es auf der ganzen Linie zum Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterklasse über, isoliert eine Gruppe nach der anderen, um sie vollständig zu demoralisieren. Während in Bayern die Proletarier nach einer monatelangen Hungerkur von den Gewerkschaften in die Ausbeutungsstätten zurückgetrieben werden (die KPD. erzählt jeden Tag, die Streikenden sind noch genau so kampfesmutig wie am ersten Tage, das kommt wohl daher, daß die Kassesitzerin der „Roten Fahne" nicht wissen, was es bedeutet, über drei Monate zu streiken), geht das Unternehmertum dazu über, in Frankfurt die Aussperrung zu vollziehen. Dies Schauspiel erleben wir momentan in der ganzen Welt. Es ist wirklich eine Frage an die Zukunft, wieweit die Arbeiterklasse sich noch an Illusionen klammert von Achtstundentag usw. in einer Situation, in der das Gesamtproletariat im wahrsten Sinne des Wortes vor dem Abgrund steht und das Kapital keinen anderen Ausweg sieht, als die Dezimierung der Arbeiterklasse entweder durch eine nie gedachte Ausbeuterei in den Betrieben oder durch Arbeitslosigkeit.

Es scheint, daß nicht nur der Weg zur Macht gepflastert ist mit Erschlagenen, es scheint wirklich so, daß jener geistige Gewinn, jene Erkenntnis, daß es nur den einen Ausweg gibt, mit dem Dahinsiechen von Millionen erkauft werden muß. Solange die Arbeiterklasse nicht erkennt, daß nur der Generalsturm auf die Zitadelle des Kapitals mit seinen gekauften Gewerkschaften überhaupt die einzige Rettung ist, solange wird die Geschichte mit unerbittlicher Logik konstatieren: Niederlage und nochmals Niederlage.

**Genossen!**

**Sammelt für den Pressefonds.**

## Es lebe die internationale Solidarität

Wir haben in unserer Nr. 24 ein Blitzlicht auf den Sumpf der französischen Sektion der 3. Internationale geworfen. Wie stets ein Urteil über eine solche Massenpartei ausfallen mag, es ist immer zu günstig.

Diese Sektionen operieren immer mit dem Versailler „Frieden". Wo es gilt, rüstständige Massen einzufangen, malen sie ihn in den grauenhaftesten Farben an die Wand. Auf der Verbrüderungskonferenz der drei „Arbeiter"internationalen in Berlin warf Nobel der 2. Internationale vor, daß sie sich scheue, die Revision des Versailler Vertrages zu fordern. Wo es aber möglich ist, mit dem Gegenteil Dumme zu fangen, wird es auch so gemacht. Der Zweck heiligt die Mittel. Diese 500 Jahre alte Parole des heiligen Ignatius von Loyola wenden auch heute noch „Kommunisten" an, um ins Parlament an die Futtertrippe zu gelangen. In dem Wahlaufruf des „kommunistischen" Kandidaten Cahen zu den jüngsten französischen Kantonwahlen im Kanton Sèvres bei Paris heißt es u. a.:

Der Versailler Vertrag, den die Herren des Nationalen Blocks verfaßt haben, hat Deutschland von den Kriegslasten befreit.

Er hat Deutschland nur gezwungen, die Reparationen zu bezahlen.

Infolge des Versailler Vertrages und der darauffolgenden Verträge braucht Deutschland Frankreich nur 85 Milliarden Franken zu bezahlen.

Wähler des Sèvres-Bezirks, urteilt selbst!

Kein Wunder, daß mit diesem Programm der „kommunistische" Kandidat mit fast 3000 Stimmen den Vertreter des Nationalen Blocks um 2000 Stimmen schlagen konnte. Dieser Cahen steht fest zu Moskau; und auf die riesenhafte Reklame zu seiner Wahl zu schließen, hat sie manchen Rubel gekostet. Das Kleinbürger- und Beamtentum von Sèvres ist so nationalistisch verseucht, daß ihnen ihr eigener bürgerlich-nationalistischer Kandidat nicht genügend nationalistisch war. Deswegen wählten sie — „kommunistisch"!

Das wird die Rubelpresse natürlich nicht hindern, in die Welt zu posaunen, daß die Massen überall „kommunistisch" wählen.

Es lebe die internationale Einheitsfront! Es lebe der Weltarbeiterkongreß!

## Achtung! Spitzel am Werk!

Die verfaulende kapitalistische Ludenwirtschaft treibt immer stinkendere Sumpfblasen. Es gibt schon Mörder-, Lumpen- und Spitzelgewerkschaften, die eben aus Mördern, Lumpen und Spitzeln gebildet sind. Diesen letzten Mitbürgern ist aber eine beachtenswerte Konkurrenz erstanden aus pensionierten Kriminalbeamten. Sie haben eine **Detektivzentrale pensionierter Kriminalbeamter Deutschlands G. m. b. H.,** in Berlin gegründet, die, nun ihre Dienste den Unternehmungen in Handel und Industrie mit folgenden Worten anbietet:

„Wir haben bei anderen Firmen die Erfahrung gemacht, daß ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Arbeiter und Angestellten Fabrikware für ihren eigenen Bedarf und zum Verkauf bei Arbeitsschluß mit nach Hause nimmt. Um diese Schädigung einzuschränken, lassen eine Reihe von Fabriken ihr Personal durch unsere Beamten und Beamtinnen mit großem Erfolge seit Monaten kontrollieren . . . Die Detektiv-Zentrale übernimmt alle in das Fach der privatkriminalistischen Tätigkeit fallenden Aufgaben. Sie übernimmt . . . die Mitarbeit in fingierter Stellung als Handwerker, Arbeiter, Beamter usw. zwecks Verhütung und Aufklärung von Diebstählen in Haushaltungen, Bureaus und gewerblichen Betrieben."

Das ist ja eine ganz nette G. m. b. H., die sich da zusammengefunden hat. Die von ihr angeboteneu Leute zur Mitarbeit in fingierter Stellung werden gewöhnlich mit dem Ehrennamen „Spitzel" bezeichnet. Die ehrenwerte Tätigkeit wird gegen Geld sicher auch auf Beispitzelung politischer Gesinnung ausgedehnt werden. Und um recht erfolgreich zu sein, scheuen solche Ehrenmänner auch selten vor Verbrechungen und Anstiftungen zurück. Da unsere parlamentarischen Arbeiterparteien sich solcher Ehrenmänner selber bedienen und in heren Organisierung einige Uebung haben, ist natürlich nicht anzunehmen, daß sie sich um diese neueste Blüte neudeutscher Kultur kümmern werden. Den Proletariern in den Betrieben erwächst hier die Aufgabe, ein wachsames Auge und gesundes Handgelenk zu haben. Vielleicht wird hierdurch die Aufmerksamkeit mancher Gewerkschaftler von den Unionsfisten und sonstiger revolutionärer Klassengenossen abgelenkt.

Eine andere Moralstutume ist die Pinkerton-Gesellschaft, mit der wir uns schon des öfteren zu befassen gezwungen haben. Angesichts der neu erstandenen Konkurrenz versendet auch diese wieder flott Propekte folgenden Inhalts:

„Deutsche Pinkerton-Gesellschaft,

Berlin W, Schellingstr. 2.

Sehr geehrter Herr! Sie erleiden Verluste, die durch unser Kontrollsystem leicht zu vermeiden sind. Wir sind bereit, Ihnen zu helfen, unlautere Elemente zu entfernen, falls solche unter Ihrem Personal vorhanden sind. Zu diesem Zweck stellen wir Ihnen einen Beamten (Herr oder Dame) als Bureauangestellten, Arbeiter oder in sonst geeigneter Eigenschaft zur Verfügung. Dieser arbeitet nach Ihren Anweisungen für Sie, und Sie erfahren täglich alles das, was in Ihrem Betriebe passiert. Die Unkosten, die Ihr Sie entstehen, sind verhältnismäßig gering. Die Erfolge, die wir bei angesehensten Firmen erzielt haben, sind berartig, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse nach einem Versuch sündig von unserer Einrichtung Gebrauch machen werden. Sie sind durch zahlreiche Referenzschreiben belegt, welche letztere wir Ihnen auf Wunsch gern im Original vorlegen."

Den Proletariern in den Betrieben erwächst hier ein dankbares Arbeitsfeld. Statt sich auf Geheiß eines Führertümpels gegenseitig die Köpfe einzuschlagen, sollten sie hier zusammenstehen. Dieses Gesindel legt nicht nur Revolutionäre hinein — das mit dem Bewachen gegen Diebstahl ist nur ein oberflächer Vorwand —, sondern jeden, der nicht ebenfalls Gesinnungstump ist. Auf einen Meineid kommt es berufsmäßigen Denunzianten nie an.

Proletarier, Augen auf!

## Das Ende einer Lüge

Trotzdem wir im allgemeinen zu den Pamphleten der Essener Richtung keine Stellung mehr nehmen, zwingt uns doch eine Notiz der „Essener RZ.", eine Lüge etwas richtig zu stellen.

In der Nr. 5 der Essener „RZ." werden einige Schreiben der Linken Kom. Kommunisten Rußlands veröffentlicht und dazu bemerkt: „Auf gleiche Weise ist es auch zu erklären, daß in der reformistischen Berliner „RZ." ein Aufruf erschienen ist, der nie herausgekommen wäre, wenn die russische Opposition nicht unverantwortlich engelegen worden wäre.

Jetzt haben sich Genossen dieser Opposition persönlich von allem überzeugt. Sie stellten sich fest auf die Seite der Kommunistischen Arbeiter-Internationale."

Abgesehen von der ganz gemeinen Denunziation der betreffenden Genossen an die Polizei, die in diesen Worten liegt, und die schon ihre Früchte gezeitigt hat, ist es nicht wahr, daß die Genossen sich fest auf die Seite dieser Internationale gestellt haben. Sie haben den Aufruf, beide Richtungen mit Material zu beliefern und haben diese Aufgabe erfüllt. Sie haben niemals behauptet, daß sie von uns angelogen worden wären, bezeichnen im Gegenteil die Notiz der Essener „RZ." als Lüge.

Wie in Wirklichkeit die Genossen in Rußland stehen, geht aus einer Resolution hervor, die sie an das damalige Internationale Bureau geschickt haben, und die von den Schröder-Sach unterschlagen wurde. Darum sagen sie, daß sie die Schreibweise der Berliner „RZ." völlig decken.

Auch die holländischen Genossen beginnen jetzt, die Verlogenheit der Schröder-Clique einzusehen. Näheres darüber werden wir in einer der nächsten Nummern bringen.

## Der Segen der Republik

Die von der sozialistischen Regierung und den oberen Gewerkschaftsbehörden ins Leben gerufene Technische Nothilfe hat ihre Bilanz gezogen.

Die Fälle von gewerkschaftlich-solidarischen Hilfsleistungen durch die Technische Nothilfe sind in Deutschland während des Jahres 1921 im Vergleich zum vorhergehenden Jahre zurückgegangen; Denn 717 Einsätzen im Reich im Jahre 1920 standen 1921 nur 380 gegenüber, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß diese ehrenwerte sozialdemokratische Gesellschaft auf Anordnung der Rheinlandkommission ihre Tätigkeit im besetzten Gebiet ab 3. Juni 1920 einstellen mußte. Während im Jahre 1920 22 415 Nothelfer eingesetzt wurden, betrug diese Ziffer im vergangenen Jahre nur 10 502, also kaum die Hälfte. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich von 1 129 380 im Jahre 1920 auf 465 929 im Jahre 1921. Die hohen Ziffern des Jahres 1920 erklären sich vor allem aus den zahlreichen Einsetzungsfällen während der Kapp-Unruhen (219 Einsätze mit 15 172 Nothelfern und 485 068 geleisteten Arbeitsstunden), und schließlich durch die Konkurrenz der Gewerkschaften.

Von den gesamten Einsätzen entfielen:

| auf | 1921 v. H. | 1920 v. H. |
|---|---|---|
| Elektrizitätswerke | 5,3 | 13,7 |
| Gaswerke | 4,2 | 7,8 |
| Wasserwerke | 3,9 | 8,0 |
| Landwirtschaftliche Betriebe | 26,9 | 19,5 |
| Lebensmittelgewerbe | 6,3 | 13,5 |
| Transport und Verkehr | 36,3 | 25,5 |
| Hütten- und Bergbau | 0,5 | 0,6 |
| Brandlöschungsarbeiten | 6,1 | 0,1 |
| Sonstige Einsätze | 10,5 | 11,3 |

Von der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden (465 929) entfielen 31,2 v. H. auf Kommunalbetriebe (Elektrizitäts-, Wasser-, Gaswerke), 24,3 auf die Landwirtschaft, 20,6 v. H. auf Transport und Verkehr und 23,9 v. H. auf die übrigen Einsätze.

Wenn der Rückgang in der gleichen Weise weitergehen würde, bestände die Gefahr der vollständigen Auflösung, und das würde das Ende jedes Streiks sein. Denn ohne technische Nothilfe, d. h. ohne Verrichtung der für die Kapitalisten notwendigen Arbeiten würden sie keinen Streik mehr erfahren. Und das würde auch das Ende der Gewerkschaften bedeuten. Mindestens aber müßten einige Zehntausende Gewerkschaftsbeamte entlassen werden, wenn es keine Streiks mehr abzuwürgen gäbe. Es ist daher ohne weiteres glaublich, daß auch die Technische Nothilfe neben der Schupo in den MSPD. aufgenommen werden muß; denn das ist die einzige Rettung für beide.

Einschalten können wir hier wohl auch, daß die Sozialdemokratie im April dieses Jahres im Reichstag wieder die Mittel für diese republikanische Einrichtung bewilligte. Die Presse der SPD. hat die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag gebilligt und führt eine systematische Kampagne, um der Arbeiterschaft die Notwendigkeit und Nützlichkeit der staatlichen Streikbrechergarde einzureden. Der „Vorwärts"-Redakteur Erwin Barth ist auch gleichzeitig Redakteur des Organs der Technischen Nothilfe „Die Räder". Hervorragende Gewerkschaftsführer zählt es zu seinen Mitarbeitern. Das hindert die Sozialdemokraten in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsbeamte natürlich gar nicht, dort, wo sie es vor den Massen müssen, auch gegen die Technische Nothilfe Stellung zu nehmen. Sie gehören zusammen. Technische Nothilfe und Gewerkschaften haben für das Kapital dieselbe Bedeutung. Sie müssen einander wegen zusammenleben, um ihre Lebensvoraussetzung zu erhalten.

Vielleicht besinnen sich aber auch die Proletarier auf ihre Menschenwürde und brechen beides das Genick um. Denn soviel Reinlichkeitsgefühl, wie die aus Offizieren und Kapitalisten bestehende Rheinlandkommission hat, sollte man den Proletariern doch auch bald zutrauen.

## Mitteilungen

**An alle Bezirke und Ortsgruppen!**

**Wir machen darauf aufmerksam, daß die „RZ." von Nr. 30 ab mit 1,80 M. pro Exemplar abzurechnen ist. Wir bitten, pünktlich abrechnen zu wollen, da es uns sonst unmöglich ist, die Weiterbelieferung zu garantieren.**

**Verlag der „RZ."**

**Bekanntmachung.**

**Die Auszahlung der ESUUSt. findet nicht täglich, sondern dreimal wöchentlich, und zwar Montag, Mittwoch, Freitag von ½6—7 Uhr statt.**

**21. Bez. Nordwest.** Freitag, den 26. Mai, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: **Bericht vom Parteitag. Erscheinen ist Pflicht.**

**Allgem. Ortskrankenkasse Klosterstraße** 21. Nr. 327 268,—; **nvgl. Kaiserstraße** 21. Nr. 3436 259,—; **8. Bzk.** 21. Nr. 3468 verloren gemeldet. **18. Bez.** 21. Nr. 3567 verloren gemeldet.

**A. f. Z. K.**

Verantwortl. Redakteur: Arthur Viers Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roser, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

3. Jahrg. Nr. 37. Preis 2,25 M.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint periodisch wöchentlich. — Zu beziehen durch die Parteiorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 40039.

Abonnementspreis für Groß-Berlin 18 Mark monatlich. — Verlend durch die Post innerhalb Deutschlands 20,— M. monatlich, nach dem Ausland 20,— M. monatlich.

## Bankerott

Während in den Wandelgängen der „hohen Häuser" und in den Zentralen der parlamentarischen Parteien „hohe Politik" getrieben und Gehirnschmalz vergeudet wird, wie wohl das Proletariat am besten abgeschlakt werden kann, zieht unaufhaltsam und sicher eine neue Krise herauf, oder besser gesagt: der Produktionsapparat Deutschlands reif. Mitteleuropa, der eine ganze Zeit tief und gleich einem feuerspeiendem Berg die Waren über die Grenzen spie, ist ausgepumpt, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die schleichende Krise wieder in ein akutes Stadium tritt. Sämtliche Leitartikel von „Wirtschaftskennern" sind gespickt mit weisen Ratschlägen über die zu treffenden Maßnahmen in bezug auf Aufführung von neuem Saft, die das deutsche Kapital gebraucht sowohl, als auch in bezug auf die Politik, die die Arbeiterklasse „in ihrem eigenen Interesse" zu treiben habe.

Die deutschen Preise haben sich bereits den Weltmarktpreisen genähert oder dieselben überschritten. Die Absatzstockung ist unvermeidlich, und überall werden Vorbereitung getroffen, die einsetzende Arbeitslosigkeit zu „bekämpfen". Die Kapitalisten sind eben immer noch die besten Marxisten. Sie sehen die Dinge kommen und haben nur eine Sorge: die Niederschlagung der durch den Hunger zur Verzweiflung getriebenen Proletarier zu gründlich vorzubereiten, daß der „Erfolg" im Voraus gewiß ist. Auf der „Tagung der deutschen Industrie" hat Büchner, der Direkt Geheimrat, den Bankerott des Kapitalismus für jedermann sichtbar hingestellt. Es heißt, die entscheidenden Stellen niederzugeben. Er führte u. a. aus:

„Während der sieben letzten Jahre, also von 1915 an, hat Amerika Waren im Werte von 42 Milliarden Dollar exportiert, von denen 10 Milliarden Dollar nach Europa flossen. Europa hat aber in dem gleichen Zeitraum von Europa nur für etwa 5 Milliarden Dollar bezogen. Europa hatte also für den aufgenommenen amerikanischen Warenüberschuß rund 21 Milliarden Dollar an Amerika abzugeben. Von diesen 21 Milliarden Dollar hat Europa abgedeckt 10,35 Milliarden Dollar. Der Rest im Betrage von über 10 Milliarden wurde von der amerikanischen Regierung kreditiert. In diesen Zahlen sind die zwischen 3 Milliarden Dollar betragenden Barzahlungen von Privaten zu Privaten, die Europa Amerika schuldet, noch nicht einbegriffen. Die Schuldverschreibungen Europas an die Vereinigten Staaten werden 1921 auf 15 Milliarden Dollar angegeben, von denen 2 Milliarden durch Schuldverschreibungen auf den Zinsfuß von hundert Jahre lautend, unfundierbar, umgewandelt sind. Es ergibt sich für das letzte Jahr, daß die Aktivität der amerikanischen Handelsbilanz mit nahezu 2 Milliarden Dollar für das Jahr 1921 gleichkommt der Summe der Passivsalden der Handelsbilanzen der sämtlichen europäischen Staaten. Das bedeutet das? Nichts anderes, als daß Europa den westlichen Teil seiner Erzeugnisse der letzten 50 Jahre in der Kriegs- und Nachkriegszeit an Amerika abgeführt hat. Da nun Europa in dem Maße leistungsunfähiger Rohstoffe mehr oder weniger vollständig von Amerika abhängig ist, so bei Baumwolle und Kupfer, und da auch bei anderen Rohstoffen wie z. B. Getreide, Amerika auf den Markte eine ausschlaggebende Rolle spielt, so ist, wenn nicht eine Wendung der Verhältnisse eintritt, in Zukunft eine dauernde

weitere Verschiebung der Handelsbilanz der europäischen Staaten

zu erwarten, wenn, wie die Tendenz besteht, Amerika sich noch vermehrte gegen den es sich für sich schon geringen Zuhuhren von europäischen Waren absperrt. Die Welt kann nur leben, wenn alle produktiven Kräfte sich betätigen können, andernfalls muß sie von einer Krise in die andere fallen. Diese Krise würde aber nicht allein die Wirtschaft betreffen, sondern die ganze Kultur Europas würde geschehen, die christliche Zivilisation und Kultur überhaupt würde ins Wanken kommen, und hinter dieser Krise von Amerika würden wir eine neue Entwicklung ausgehen, wie sie die neue Zeitalter bedeutet."

„Amerika hilft" das ist jetzt der Ruf Europas. Doch Amerika gibt diesen Ratschlag zur Besinnung prompt an die europäischen Staaten zurück und tut, die gegenseitige Verschuldung der europäischen Staaten untereinander auf diese Weise zu regeln und verspricht sodann — nach Ablauf der europäischen Kriegsentschädigungen Zahlungen. Es ist ein Wetten der kapitalistischen Gesellschaft, immer dann an die „Menschheit" zu appellieren, wenn man unten liegt. Gemeinsam wie Amerika auf seine Schulden verzichten kann, können diese die „begreifenden Staaten" Europas. Sie haben in denselben Verhältnis zueinander, wie Gläubigerstaaten zu Amerika. Und jene Ratschlagerschaft, die der Kapitalismus für Europa bereit hat, ist nichts, als der Versuch, die Arbeiterklasse zu betrügen. Wenn wohl vielleicht, wollte man diese Komödie ernst nehmen, als das die Kapitalisten Deutschlands auf ihren höheren Warte und betrachtet, sei ein Blick bei Betrachtenden nicht unbeachtet, weil bereits vor bei allgemeine Ruhe ausgesagen Ueberlegungen.

Die 2. und 2½. Internationale haben an ihren konterrevolutionären Charakter nie einen Zweifel gelassen. Ihre Politik während des Krieges und nach dem Kriege liegt vor aller Welt klar zutage. Der Welt wird ihnen das eine lassen: Sie werfen rücksichtslos Hinweise gegen den Stachel Idiot und schreiben vor der Auflösung ganzer Gewerkschaftsverbände eine zur Dritten 3. Internationale jedoch kann als Beweis suchen, die Proletariat stets in den entscheidenden Situationen verwirrt, dieselben in die Arme der Amsterdamer gerade getrieben zu haben. Die 3. Internationale ist im wahren Sinne des Wortes zum Zuhälter der Amsterdamer geworden. Der Kampf Rußlands und der 3. Internationale ist ein Kampf Rußlands innerhalb des kapitalistischen Ausbeuterkonzerns um den Platz an der Sonne geworden — nicht um die Beseitigung desselben. Der Kampf innerhalb der Gewerkschaften ist ein Kampf um die Erhaltung dieser von Gottes nach allen Tonarten gepriesenen „freien Organisationen" geworden zur Sprache der Bekämpfung und Ausrottung jeder revolutionären Ideologie. Der Streit um die Gewerkschaften ist zu einem Streit darum geworden, ob die Gewerkschaften Bollwerke der Bourgeoisie der eigenen Klasse bleiben sollen oder ob sie zu Bollwerken der Revolution werden sollen. Das Proletariat die Größe der Gefahr noch nicht erkannt. Während das Kapital zum verzichtenden Gebot, das Proletariat die Größe der Gefahr noch nicht erkannt. Während das Kapital zum verzichtenden Gebot, das Proletariat noch ein Wunder gefunden Gebot, das Kapital vermeidliche Schicksal abwendet. In jener Moderatur allein können solche blumenstarrenden Gewerkschaften blühen und gedeihen, können politische Bankrotteure sich um den dem Untergang geweihten Kadaver der Arbeiterklasse streiten, um für ihre Zwecke Kapital zu ihm zu schlagen.

Jedoch eines ist sicher: Entweder die Arbeiterklasse begnügt sich mit der Rolle, die ihr zugedacht ist und geht diesen Weg zu Ende, dann wird das der Untergang sein, oder sie rafft sich auf, um ein für allemal mit einem Systeem aufzuräumen, das nur allein solche Blüten gedeihen kann) dann wird die Komödie zu Ende sein, und unter dem Donner der proletarischen Revolution wird ein Stück der wahren Einheit die wahre Internationale, das alle parlamentarischen Schieberkunststückchen mit ihren Drahtziehern in den Orkus der Geschichte verschwinden läßt.

## Das Ende der „Neunerkommission"

Wer die Politik und Taktik der „Einheitsfront" bisher verfolgt hat, der wird nicht auf den Gedanken kommen, daß die Sprengung der „Neunerkommission" den Abschluß einer Komödie bildet; im Gegenteil — die Komödie wird jetzt erst beginnen. Als positives Ergebnis und als Resultat konnte natürlich nichts anderes herauskommen als die eben zu Ende gespielte „Aktion". Die erste Etappe der „Einheitsfront" ist erreicht. Die erste Phase ist abgeschlossen. Jetzt beginnt allem Anschein nach wieder die Etappe der „Entlarvung".

Auch in den Kreisen der KPD. hat man die Dinge nicht klar erkannt. Sonst konnte es nicht vorkommen, daß irgendein harmloser Spatzvogel überlah, daß das Ultimatum der Moskauer eben ein sehr wichtiger Programmpunkt der „Einheitsfrontpolitik" ist und er aus Mangel an Verständnis „parteilose Arbeiterkomitees" empfiehlt, die doch eigentlich nur von Bebeutung sein können, wenn man sich auf „lange Sicht" ohne Unterbrechung einrichten wollte. Durch die Anwesenheit Radeks auf der letzten Zentralausschußsitzung der KPD. konnte jedoch das Versehen rasch korrigiert werden. Auch die „Rote Fahne" vom 20. Mai atmet auf. In der Rubrik „Organisation und Taktik" schreibt sich jemand die Sorgen vom Herzen und meint:

„Zuweilen erledigte der Zk. einige Fragen. Zunächst wurde das Schosial bei aus der Neuen Zeit gebildeten Arbeiterkomitees in die Politische Kommission [illegible] Zweitens wurde die Frage der Einheitsfront, die Frage der Arbeitsgemeinschaft, mit der diese Gebilde in die Welt gesetzt worden, hätte selbst hier eine Ueberraschung möglich sein können."

Jener ganze exhärmliche Rummel, der die Verwirrung innerhalb der Arbeiterklasse nur noch mehr steigert und dies von allen Beteiligten zum Ziele hat, ist einer der tollsten Kapitel in der Geschichte der proletarischen Revolution. Beide Parteien nennen einander vor, daß die andere kapitalistische Politik treibt, und sie haben beide Recht. Die 3. Internationale glaubte vollends den Vogel abzuschießen, indem sie bombastisch die Forderung: „Verteidigung Rußlands" streicht. Eine unverfrorenere Spekulation auf die Dummheit der Massen, die hier als Objekt dienen sollen, ist wirklich noch nicht dagewesen. Denn die 3. Internationale kann auf die Unterstützung von seiten des revolutionären Proletariates unbedingt verzichten; sie hat ordentlich Verbündete. Auf der Tagung der deutschen Sozialdemokratischen führte Staatssekretär Müller in bezug auf Rußland aus:

„Man kann in Deutschland häufig die Frage hören, wie lange wird das bolschewistische System noch dauern? Wer einer

Schein verzichten würden? Die Krise des Kapitals muß sich unausgesetzt verschärfen, vertiefen. Als Resultat bleibt: die Abschnürung von den Rohstoffländern als erstes, und als zweites die Zerstörung der europäischen „befreiten" Länder in Europa durch das von uns verfluchte Kapital. So spitzt sich für Deutschland ganz von selbst die Frage genau so zu wie in Deutschland. Die Arbeiterklasse hat die zur Konsequenzlosigkeit „erzählt". Jedoch durch die Wandlung der Produktionsbedingungen ist die Arbeiterklasse ist selbst dieser Entwicklung eine Grenze gesetzt, und die Produktionsbedingungen durch die Verwandlung der Produktionsmittel viel ungünstiger sind als in den anderen Ländern.

Das Kapital hat für diese Zeit, in der die Arbeiterklasse durch die Entlegung der Betriebe in Massen auf die Straße geworfen wird, gut vorgesorgt. Auf der einen Seite durch das Arbeitsgesetzes und die Schlichtungsordnung, auf der anderen Seite durch die Gewerkschaftsbürokratie. Daher in den Unternehmen verschärfen sich die Zustände fast von Tag zu Tag. Es soll dafür das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor Augen geführt werden, und die Erpresserbriefe sollen als Lohnbrücken ausgespielt werden.

Das deutsche Kapital wird auch über diese Periode, die sich in ganz tatsächen und verschärfter Form wiederholen wird, hinwegkommen, wenn die Arbeiterklasse in Gedanken der Zeitmaschine macht. Das ist die unumgängliche Voraussetzung, und diese müssen sich die Arbeiter. Die den Kapitalismus „Allmacht Persönlichkeiten" ist nur eine hervorgetreten.

„Auf der Tagung wurde kaum an Deutschlands Rohstoffmangel gedacht, wenn das heutige Rohstoffmangel, bei gleichzeitig ein [illegible] und wenn wir allein die heutige Arbeiterschaft begreifen, daß die [illegible] Jugend aufgeben [illegible] mit der eigenen Volkswirtschaft, die ohne sie in vielen Gebieten erzeugten Zuhörerzeugnisse der Unternehmer nicht zu gebrauchen vermag.

Bislange die Arbeiterklasse die verzweifelten Mitteilungen des zusammenbrechenden Kapitalismus über sich ergehen lassen will, hier ist allerdings eine Grenze zur Geduldsprobe; aber trotzdem nur eine Frage der Zeit, wann Zeit wird auch dem deutschen Proletariat Geduldsfaden platzen. Für uns gilt es, auf alle Fälle gerüstet zu sein.

## „Regierungskrise" in Oesterreich

Wien, 24. Mai.

In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde der Bundeskanzler Schober mit, daß die Bundesregierung sich entschlossen habe, dem Bundespräsidenten die Demission zu unterbreiten und daß der Bundeskanzler in Kürze eine neue Bundesregierung vorschlagen wird. Im Anschluß an diese Erklärung wurde die Sitzung geschlossen.

Die Zuhörer in Oesterreich sind ein Schauspiel für das deutsche Proletariat. Die österreichische Bourgeoisie hat eine Politik betrieben, die [illegible] Wien [illegible] Bundesrat [illegible] Bundesrat [illegible] Bundesrat